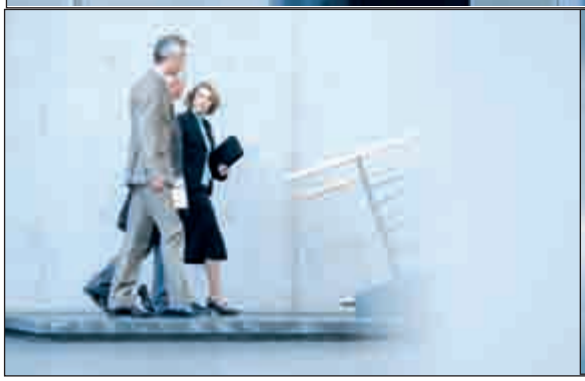
BULA

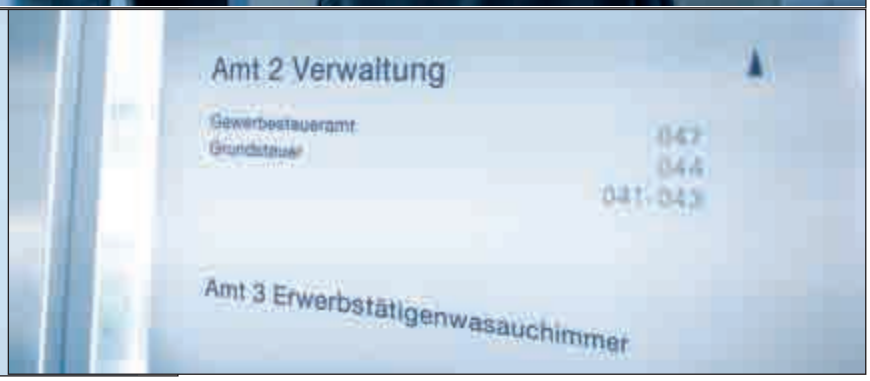
C 19235 E

27. JAHRGANG
ISSN 1439-7927

Nr.: 1-2009
JAN./FEB.

FACHMAGAZIN FÜR DAS BESCHAFFUNGS-MANAGEMENT IM ÖFFENTLICHEN BEREICH





(Fotos: DATEV eG)

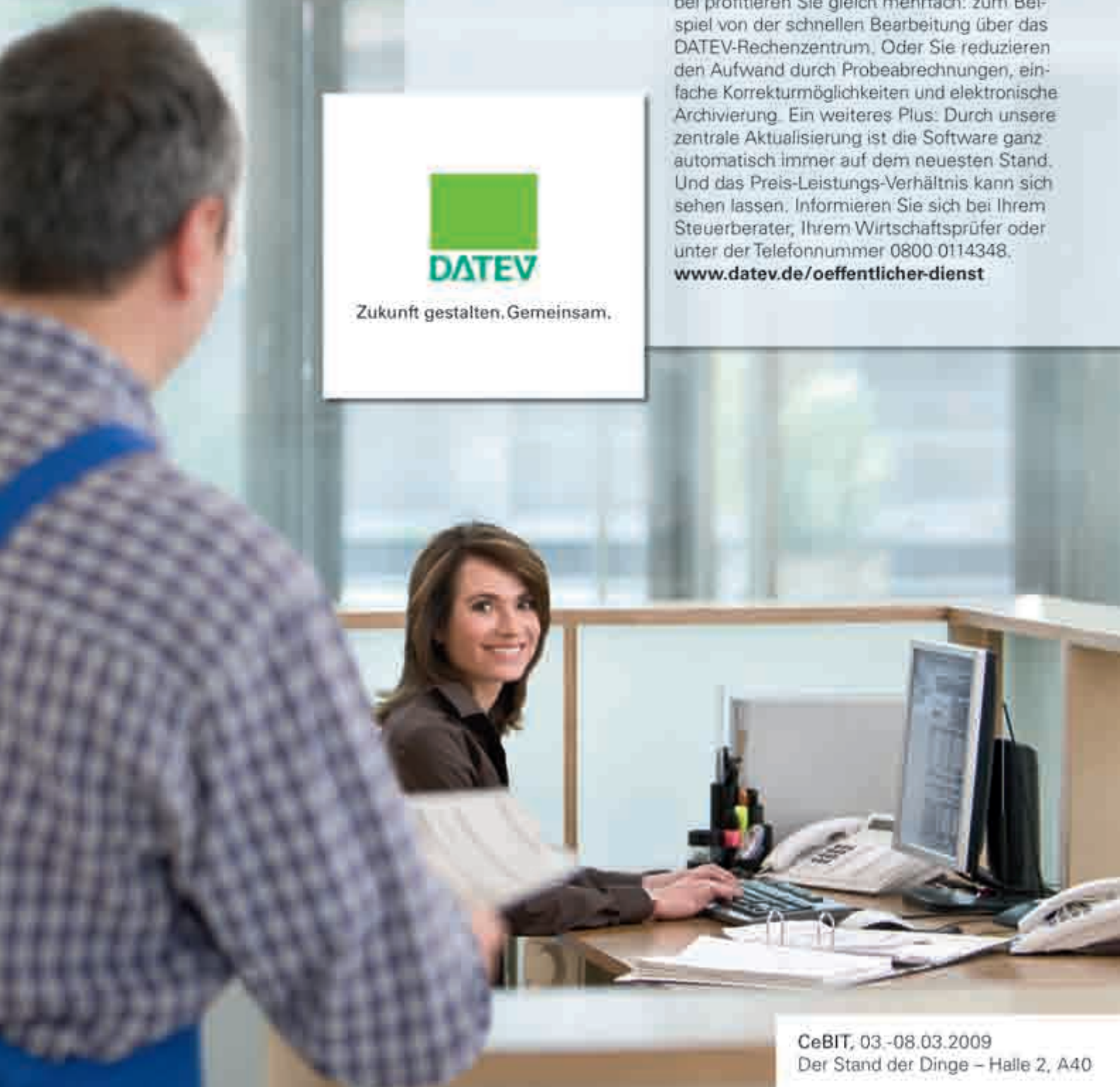
Kommunale Lohnabrechnung geht auch **GÜNSTIGER**

arbeiten Sie mit der Lohn-Software von DATEV. Denn sie vereinfacht die Abläufe, senkt die Kosten und eröffnet neue Möglichkeiten.

Die DATEV-Software für die Lohnabrechnung entspricht genau den Bedürfnissen von Kommunen und kommunalen Einrichtungen. Dabei profitieren Sie gleich mehrfach: zum Beispiel von der schnellen Bearbeitung über das DATEV-Rechenzentrum. Oder Sie reduzieren den Aufwand durch Probeabrechnungen, einfache Korrekturmöglichkeiten und elektronische Archivierung. Ein weiteres Plus: Durch unsere zentrale Aktualisierung ist die Software ganz automatisch immer auf dem neuesten Stand. Und das Preis-Leistungs-Verhältnis kann sich sehen lassen. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.
www.datev.de/oeffentlicher-dienst

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



CeBIT, 03.-08.03.2009
Der Stand der Dinge – Halle 2, A40

BULA
Nr. 1- JAN/FEB. 2009

INHALTSVERZEICHNIS

Seite 4 - Doppik und mehr auf der CeBIT 2009
Seite 4 - IT-Ressourcenverwaltung und User HelpDesk
Seite 5 - Difu-Seminar "Pensionslasten sachgerecht abbilden"
Seite 6 - Public Sector Parc auf der CeBIT 2009
Seite 7 - Grundzüge des Datenschutzes und der Informationsfreiheit
Seite 8 - Kundenservice und Gebühren-Handling optimiert
Seite 9 - WASSER BERLIN 2009
Seite 9 - Der IBM Geschäftsbereich Öffentlicher Dienst
Seite 10 - INTERNORGA-Studie GV-Barometer 2009
Seite 11 - Hygiene in der Küche
Seite 11 - Ausgeschrieben: European Public Sector Award 2009
Seite 12 - HKI/TAW Seminar "Großküchenplanung und Gerätetechnik"
Seite 12 - Top 10 der Lieblingsgericht der Compass Group Restaurantgäste
Seite 13 - Umweltfreundliche Beschaffung spart bares Geld
Seite 13 - Energiebeauftragte beraten über nachhaltiges Energiemanagement
Seite 14 - Kommunen und Stadträte: Je wichtiger die Position, desto weniger Frauen
Seite 14 - Call for Papers: DeGEval-Tagung
Seite 15 - Korruption kontrolliert bekämpfen
Seite 16 - Licht und Schatten im Bioenergiemarkt 2008
Seite 16 - ITDZ Berlin zeigt Test-Schaltung der Behördenrufnummer 115
Seite 18 - Kehrmaschine mit Schrubbdeck erhält die Bausubstanz von Parkhäusern
Seite 19 - 2. BHE-Fachkongress Brandschutz in Fulda
Seite 19 - Preisgelder zwischen 10.000 und 50.000 Euro für vorbildlichen Klimaschutz
Seite 20 - Europaweite Umfrage zeigt Sparpotenzial von Unternehmenfuhrparks auf
Seite 21 - Terminhinweis: Difu-Seminar "Stadtplanung in der Bundesrepublik"
Seite 22/23 - ENTSORGA-ENTECO 2009 - Rohstoffwirtschaft im Fokus
Seite 23 - Bund und Kommunen vereinbaren stärkere Zusammenarbeit
Seite 24 - Bei Großaufträgen kann bereits jetzt schnelle Vergabe erfolgen
Seite 24/25 - Heimisches Biogas macht unabhängiger von Erdgasimporten
Seite 25 - Fachmesse improve!2009
Seite 26 - Kanzleramt u. Normenkontrollrat geben Startschuss zu Pilotprojekten
Seite 28 - EVB Energie AG und DIEHL Energy Solutions
Seite 29/30 - Power Plant Technology 2009
Seite 30 - Fraunhofer SIT zeigt Anwendungen für den elektronischen Personalausweis

IT-Dienstleister DATEV zeigt sein Angebot auch im Public Sector Parc

Doppik und mehr auf der CeBIT

Ihr breites Software- und Dienstleistungsspektrum für den kommunalen Bereich präsentiert die Nürnberger DATEV eG auf der CeBIT sowohl im Public Sector Parc in Halle 9 (Standnummer E01) als auch am Hauptstand des Unternehmens in Halle 2, A40. Zudem erläutern DATEV-Anwender in zwei Vorträgen im Public Sector Parc-Forum ihre Erfahrungen mit einer schnellen Software-Einführung sowie mit der Doppik im Alltag.

Unter dem Titel „Doppik – was nun?“ referieren Bürgermeister Willi Hönscheid und Astrid Fleischer, Leiterin Finanzbuchhaltung, aus der nordrhein-west fälischen Stadt Nideggen aus der Praxis, wie sich die neuen Abläufe, Methoden und Buchungsgrundsätze seit der Einführung der Doppik in der Kommune bewährt haben. Nideggen bucht seit Jahresbeginn 2007 kaufmännisch. Der Vortrag findet am Dienstag, den 3.März 2009 um 14:30 Uhr statt. Am Donnerstag, dem 5.März 2009 berichtet dann Petra Johannsen, Leiterin Finanzen beim Abwasserzweckverband Ostufer Kieler Förde, am eigenen Beispiel, wie ein Wechsel der Buchführungssoftware in nur sechs Wochen gemeistert werden kann. Der Vortrag steht unter dem Motto „Manchmal werden Märchen wahr“ und beginnt um 11:30 Uhr.

Austausch mit den Experten

Für Gespräche stehen die Referenten den interessierten Messebesuchern im Anschluss an ihre Vorträge auf dem DATEV-Stand im Public Sector Parc zur Verfügung. Dort sowie am DATEV-Hauptstand in Halle 2 erhalten Besucher auch einen Überblick über das Produkt- und Leistungsspektrum für Kommunen und kommunale Unternehmen. Kern des Angebots ist das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Rechnungswesen. Dieses bildet auch die Grundlage für ein umfassendes, betriebswirtschaftliches Steuerungssystem, das wichtige Informationen für Politik und Verwaltung liefert. Die Lösung der DATEV beinhaltet die jeweils bundeslandspezifischen Besonderheiten und lässt sich zudem individuell an die Bedürfnisse der kommunalen Verwaltung anpassen. Ergänzt wird dieses Software-System durch ein spezielles Lohn- und Gehaltsprogramm, das auch die Besoldung kommunaler Beamter abdeckt.

Die Anwendungen können ebenso im Application Service Providing (ASP) genutzt werden. Daneben fungiert das DATEV-Rechenzentrum als zentrale Datenplattform, revisionssicheres Archiv und als Datendrehscheibe. Auch zuverlässige Druck- und Versanddienstleistungen auf außerordentlich hohem Sicher heitsniveau können den Städten und Gemeinden zu Einsparungen verhelfen. Darüber hinaus berät DATEV bei der Einführung effizienter Prozesse und Organisationsstrukturen. Zu den Beratungsleistungen gehören kommunale Strategien, Controlling, Organisations-, Krisen-, Informations- und Kommunikations management, Personalmanagement sowie standardisierte oder individuelle Workshops und Schulungen zu kommunalen Themen. Dabei kann DATEV auf mehrjährige Erfahrung bei Restrukturierungsmaßnahmen und Doppik-Einfüh rungen in Kommunen aus inzwischen zehn Bundesländern zurückgreifen.

KENNWORT: DATEV DOPPIK

IT-Ressourcenverwaltung und User HelpDesk

Auf der CeBIT 2009 in Hannover stellt die Firma Quadriga Informatik die Softwarelösung Quadriga-IT vor, bei der IT-Ressourcenverwaltung und User HelpDesk unter einer einheitlichen Oberfläche zusammengefasst sind.

Damit lassen sich die im HelpDesk benötigten Angaben zu den IT-Ressourcen schnell auffinden und auswerten. Bei vielen Arbeitsabläufen führt dies zu einer erheblichen Zeitersparnis.

Automatisches Auslesen

Benötigt der HelpDesk-Mitarbeiter technische Informationen zu PCs, Druckern und anderen Geräten mit Netzanschluss, kann er diese Angaben jederzeit über das Netzwerk abrufen. Mit der Option "PCScan" ist es dabei möglich, PCs zu ermitteln, auf denen erforderliche Sicherheitsupdates fehlen oder die zu wenig Arbeitsspeicher haben. Von Netzwerkdruckern lässt sich der noch vorhandene Restbestand an Toner auslesen, ohne dass ein Mitarbeiter die betreffenden Geräte aufsuchen muss.

Problemfälle bearbeiten

Der in Quadriga-IT integrierte User HelpDesk bietet einen guten Überblick über die oft zahlreichen und sich unregelmäßig häufenden Problemfälle. Eine ganze Reihe von praxisnahen und gut durchdachten Funktionen unterstützen die HelpDesk-Mitarbeiter dabei, die Problemfälle nach Priorität zu ordnen und auf die richtigen Spezialisten zu verteilen oder umzuverteilen. Zudem lässt sich gewährleisten, dass vorgegebene Reaktionszeiten eingehalten und eine Problemlösung in der vorgesehenen Frist erreicht wird.

Die Option "Web-IT" erweitert den HelpDesk um Intranet-Funktionen und verbessert den Informationsfluss zwischen PC-Anwendern und IT-Abteilung. Um ein Problem zu melden, ist der Anwender nicht auf das Telefon angewiesen: Er meldet den Problemfall auf einer Intranet-Seite und informiert sich dort über den Fortgang der Problembearbeitung.

Quadriga Informatik
auf der CeBIT 2009
Hannover 03.-08.03.2009
Halle 6, Stand A33

KENNWORT: ZAHLUNGSSYSTEME →

Difu-Seminar "Pensionslasten sachgerecht abbilden. Rückstellungen in der kommunalen Bilanz"

Terminhinweis: 2. April 2009, Berlin

Das Neue Kommunale Finanzmanagement ist dem Stadium von Pilotstudien entwachsen. Nachdem mittlerweile zahlreiche Bundesländer die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen haben, hält das an kaufmännischen Grundsätzen orientierte Rechnungswesen Einzug in den Kommunen.

Ein entscheidender Schritt ist dabei die Aufstellung der Eröffnungsbilanzen und die dazu erforderliche Bewertung des Vermögens und der Verbindlichkeiten. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die Ermittlung der Pensionsrückstellungen. Mit der Erstellung der Eröffnungsbilanzen werden die erheblichen Zahlungsverpflichtungen erstmals ins Bewusstsein der Kommunen gerückt. Die Kommunen sind verpflichtet, für zukünftige Pensionszahlungen selbst vorzusorgen und dies buchhalterisch abzubilden. Der Zeitpunkt und die tatsächliche Höhe der späteren Zahlungen sind jedoch bei der Erstellung der Bilanzen nicht bekannt. Dadurch kommt es zu erheblichen Bewertungs- und Abgrenzungsproblemen. Neben den technischen Schwierigkeiten stellt auch die Höhe der notwendigen Rückstellungen ein Problem für die Kommunen dar. Zum einen muss sichergestellt sein, dass den bisher aufgelaufenen Verbindlichkeiten ein entsprechendes Vermögen gegenübersteht. Zum anderen belasten die zukünftigen Rückstellungen die Ergebnisrechnungen. Im Seminar werden die Pensionsrückstellungen als Bestandteil der kommunalen Bilanz gewürdigt und im Kontext des Neuen Kommunalen Finanzmanagements diskutiert.

Leitung: Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp, Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider

Detailliertes Seminarprogramm/Information über Teilnahmegebühren und Anmeldemöglichkeiten:
http://www.difu.de/seminare/09pensionslasten.programm.pdf

Öffentliche Verwaltungen profitieren von innovativen ITK-Lösungen

Public Sector Parc auf der CeBIT 2009 ist Branchentreffpunkt Nr. 1

Die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltungen profitiert zunehmend von innovativen IT-Lösungen. 'Welche Fortschritte es bei den Behörden gibt und wie einfach es zukünftig beispielsweise sein wird, Online-Anträge zu stellen, sind Themen des Public Sector Parc auf der CeBIT 2009', erklärt Dr. Sven Prüser, Bereichsleiter CeBIT der Deutschen Messe AG.

'Bürger, Verwaltungsangestellte und Entscheider der Wirtschaft erfahren dort, welche Vorteile die Einführung der neuen elektronischen Personalausweise und Gesundheitskarten bietet oder wie die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie die Kommunikation mit Verwaltungen grundlegend verbessert.'

'Bürger trifft Behörde' - Sonderschau mit vielen Highlights am CeBIT-Wochenende

Vor allem während der Veranstaltung 'Bürger trifft Behörde' am CeBIT-Wochenende werden die CeBIT-Besucher erleben, wie einfach, schnell und effizient die Kommunikation mit dem Staat sein kann. Für diese erstmalig veranstaltete Sonderschau spricht der Public Sector Parc gezielt auch Bürger, Firmen und Beamte an, um sie umfassend über die aktu-ellen Entwicklungen im öffentlichen Sektor zu informieren. Themengeführte Rundgänge bringen Besucher zur Zukunft der modernen Verwaltung. Vorgestellt werden neben Services für Menschen, Unternehmen und für die Gesundheit alle Themen rund um Lernen und Lehren. Zudem sind die aktuellsten Lösungen für Schutz und Sicherheit von Daten zu sehen.

Im Public Sector Parc: Elektronischer Personalausweis und Gesundheitskarte

Interessante Präsentationen und spannende Aktionen informieren ebenso wie kontroverse Diskussionen darüber, welche IT-basierten Services die Behörden bieten oder wie Online-Anträge gestellt werden. Zu den Highlights gehört die Präsentation des Bundesministerium des Innern und die Bundesdruckerei den rund um den künftigen elektronischen Personalausweis. Darüber hinaus können sich die Besucher beispielsweise über Sinn und Zweck von Geodaten schlau machen und deren vielfältige Einsatzzwecke entdecken - wie bei der Erschließung von Baugebieten oder im Katastrophenschutz.

Des weiteren sind Aspekte einer modernen, medizinischen Versorgung Thema von 'Bürger trifft Behörde'. Prof. Björn Bergh, Direktor des Zentrums für Informations- und Medizintechnik (ZIM) des Universitätsklinikums Heidelberg, betont die besondere Bedeutung des Public Sector Parc: 'eHealth-Verfahren werden die Zukunft der Gesundheitsversorgung massiv verändern. Sie bieten viele Vorteile, aber bei falschem Einsatz stehen auch das Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung und seine Mündigkeit auf dem Spiel. eHealth sollte also ein Thema für jeden Bürger sein - und die CeBIT ist ein hervorragender Ort, um sich über den aktuellen Stand zu informieren.'

Effizienz steigern: EU-Dienstleistungsrichtlinie und einheitliche Behördenrufnummer

Bei der Optimierung der Kommunikation zwischen Bürger und Behörde stehen zwei Themen im Vordergrund: der Abbau bürokratischer Hürden durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) und die einheitliche Behördenrufnummer D115, die in allen Fällen weiterhelfen soll - ob es nun um Termine beim Standesamt oder Fragen zum Elterngeld geht. 'Wir möchten unser Projekt zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie einem möglichst breitem Publikum präsentieren. Daher ist für uns der Public Sector Parc ein ideales Umfeld', ist Marianne Rohde, Projektleiterin der IT-Umsetzung der EU-DLR für Niedersachsen, überzeugt. 'Wir können hier Vertreter von Land, Kommunen und Kammern kontaktieren, denn gerade bei diesem Projekt ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen wichtig. Und wir freuen uns über die gute Möglichkeit, die Bürger umfassend über die EU-DLR zu informieren.'

Berufsein- und Umsteiger sollten die Chance nutzen, sich im Public Sector Parc über öffentlichen Verwaltungen, Unternehmen und Institutionen als attraktive Arbeitgeber zu informieren. Nicht zuletzt wegen des Einsatzes modernster ITK-Technik finden sie hier spannende Tätigkeitsfelder.

Oberste Priorität: Ausbau der Breitbandversorgung

Nahezu alle im Public Sector Parc vorgestellten Services werden vom aktuell diskutierten Breitbandausbau profitieren - vor allem in Flächenstaaten wie Niedersachsen. 'Schnelle Internetverbindungen sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Niedersachsen. Mit den von der Landesregierung bereitgestellten Fördermitteln haben die Kommunen die Chance, diesen wichtigen Standortfaktor zu fördern', erklärt Dr. Derek Meier vom Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen. 'Im Public Sector Parc auf der CeBIT 2009 können sich die Besucher umfassend darüber informieren, wie das Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützt.'

Der Public Sector Parc befindet sich in **Halle 9** der CeBIT 2009 und präsentiert am CeBIT-Wochenende erstmalig mit 'Bürger trifft Behörde - Services für Menschen und Unternehmen, Schutz und Sicherheit für Daten - Lehren, lernen, bilden = fit für die Zukunft - Gesundheit' ein innovatives Special. Weitere Informationen über das gesamte Programm stehen im Netz unter www.cebit.de/behoerde

CeBIT
HANNOVER
3.– 8. 3. 2009
cebit.com

"Grundzüge des Datenschutzes und der Informationsfreiheit in der Kommunalverwaltung"

Difu-Seminar: 28. bis 29. April 2009

Datenschutzgerechtes Handeln in der Kommune verlangt aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz die Beachtung der bestehenden

Vorgaben.
Das breite Spektrum kommunaler Aufgabenerfüllung wird durch eine Fülle öffentlich-rechtlicher Rechtsvorschriften - bundes- oder landesrechtliche Gesetze oder Rechtsverordnungen, kommunale Satzungen - reguliert, die sich in hoher Geschwindigkeit ändern. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist dabei teilweise besonders ausführlich (z.B. im Sozial-, Jugend- oder Schulbereich), teilweise rudimentär (z.B. im Bereich der Ratsarbeit) normiert. Teilweise fehlen besondere Vorschriften (z.B. im Bereich schulpsychologischer Beratung) ganz.

Aufgrund dieser Vielfalt und der Änderungsgeschwindigkeit der einschlägigen Rechtsvorschriften sind kommunale Mitarbeiter auf kompetente fachliche Unterstützung angewiesen. Besonderes Augenmerk gilt hier dem allgemeinen und bereichsspezifischen Datenschutzrecht.

Was ist in der kommunalen Verwaltungspraxis zu beachten?

Neben der Kenntnis und Beachtung der rechtlichen Grundlagen ist es wesentlich, die gebotenen technischen Vorkehrungen zu treffen. Arbeitsabläufe sind datenschutzgerecht zu organisieren. Notwendige Kontrollstrukturen sind effektiv aufzubauen. Eine Kompetenz in den nachfolgenden Th emenfeldern ist erforderlich:

Kenntnis der Rechtsgrundlagen des Datenschutzes auf europarechtlicher, nationalverfassungsrechtlicher, einfachgesetzlicher und untergesetzlicher Ebene, Beherrschung der Begriffe und Phasen der Datenverarbeitung sowie allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente des Datenschutzes auf Landesebene, Verständnis der Strukturen des Landesdatenschutzrechts und Rechte der betroffenen Personen Überblick über bereichsspezifische datenschutzrechtliche Regelungskonzeptionen in kommunalen Aufgabenfeldern, z.B. im Sozial-, Gesundheits-, Melde-, Personal- und Schulwesen, Sensibilität für besondere Datenschutzthemen in der Kommune (z.B. Beschäftigtendatenschutz am Arbeitsplatz und bei Telearbeit, Befragungen, Videoüberwachung), Kenntnis der Grundlagen des organisatorischen und technischen Datenschutzes für den kommunalen Bereich, Organisation der Datenschutzkontrolle innerhalb der Kommune sowie die Funktion und die Aufgaben der Datenschutzkontrollbehörden.

Bereits in der Hälfte aller Bundesländer gilt das Informationsfreiheitsrecht, das sachlich einen engen Bezug zum Datenschutz aufweist und vielfach dem Aufgabenbereich des kommunalen Datenschutzbeauftragten übertragen ist. Auch hier gibt es bereichsspezifische Ausprägungen, beispielsweise Umweltinformations- und Verbraucherinformationsrecht

Zielgruppen:
Führungs- und Fachpersonal aus allen Fachämtern und für Mitarbeiter im kommunalen Datenschutz sowie für Ratsmitglieder

Leitung:
Ltd. Städt. Rechtsdirektor Dr. Martin Zilkens, Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Düsseldorf

Weitere Informationen erhalten Sie unter http://www.difu.de/seminare/09datenschutz.programm.pdf

Veranstalter:
Deutsches Institut für Urbanistik GmbH (Difu)

Veranstaltungssekretariat: Bettina Leute, Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Postfach 120321, 10593 Berlin, Telefon: 030/39001-148, Telefax: 030/39001-268, leute@difu.de

Tagungsort:
Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

KENNWORT: QUADRIGA →

Verwaltung von PCs und anderen (IT-)Ressourcen

Quadriga-IT

- Verwaltung von PCs und sonstigen IT-Ressourcen mit beachtlicher Funktionsvielfalt
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.

- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des Intranet
- Zu den Problembeschreibungen können auch Screenshots via Intranet an den HelpDesk übermittelt werden.

- Diagramme zur Veranschaulichung von Daten aus Listen und Statistiken
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen

- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen

- Die Option Quadriga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem Barcode Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.

CeBIT 2009
03.-08.03.2009
Messe Hannover
Halle 6, Stand A33

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der CeBIT 2009.

Quadriga Informatik GmbH
Herrnstr. 57
D-63065 Offenbach
Tel. 0(049)69.850030-0, Fax -99
info@quadriga.de

www.quadriga.de

Besuchen Sie uns auf der KOMCOM Nord: Stand G02!

Kundenservice und Gebühren-Handling optimiert

Für Einzahlungen setzt die Stadt Oldenburg auf Kassenautomaten von Crown SYSTEMS

Ob Einzahlungen oder Auszahlungen - Kassenautomatenlösungen von Crown SYSTEMS optimieren die Zahlungsvorgänge bei Kommunen und öffentlicher Verwaltung, entlasten die Mitarbeiter und verbessern den Kundenservice. Seit 2001 setzt die Stadt Oldenburg zwei Kassenautomaten von Crown SYSTEMS für Einzahlungen ein und ergänzt damit ihre drei manuellen Kassen.

Die deutsche Verwaltungsreform zog eine Neuausrichtung der Bürgerdienste in der Stadt Oldenburg nach sich. Die Kfz-Zulassungsstelle und das Bürgeramt wurden organisatorisch zusammengefasst und bieten seither alle Dienstleistungen gemeinsam in einer Dienststelle an - von der Kraftfahrzeugzulassung über das Einwohnerwesen bis hin zu übergreifenden Gebühren mit bis zu 150 Positionen.

Eine Lösung für alle Einzahlungen

Mit der Kassenautomatenlösung von Crown SYSTEMS wurde für alle Einzahlungen eine übergeordnete Plattform geschaffen. Je nach Dienstleistung werden die Daten direkt aus dem UVN-KFZ Fachverfahren übernommen oder von den Mitarbeitern über eine Erfassungsmaske eingegeben. Neben dem Kassieren von vor Ort erbrachten Leistungen ist es auch möglich, Einzahlungen für andere Bereiche anzunehmen, wie beispielsweise Verwarngelder, Hundesteuern oder Grundsteuern. Die Crown SYSTEMS Automaten haben die Bearbeitung der Zahlungsvorgänge deutlich vereinfacht und gewährleisten eine optimale Kassensicherheit durch integrierten, elektronischen Münzprüfer und Sicherheitsbanknotenprüfer. Das neue Verfahren verarbeitet die Einzahlungen über das jeweilige Personenkonto bzw. Kassenzeichen. Die Abrechnungen der verschiedenen Zahlstellen (zwei Kassenautomaten und drei manuelle Kassen) werden zentral in der Stadtkasse von einem Mitarbeiter betreut. Hierüber laufen auch die im etwa dreiwöchigen Rhythmus erforderlichen Wechselgeldbeschaffungen für die Kassenautomaten. Zugleich haben die Crown SYSTEMS Kassenautomaten die Analyse von Fehlbeträgen durch die detaillierten und automatisch auswertbaren Kassenjournale erleichtert. Die Zuverlässigkeit der Statistiken macht es möglich, dass eine manuelle Kontrolle des Wechselgeldbestandes der Automaten nur noch einmal im Quartal durchgeführt werden muss. Außerdem muss die Tageseinnahme nicht täglich aus dem Kassenautomaten entnommen werden, da er gleichzeitig die Anforderungen an einen Tresor erfüllt. Der tägliche Gang zur Bank entfällt.

Auf der diesjährigen Komcom Nord wird Crown Systems erstmals einen brandneuen Kassenautomaten präsentieren, der schon heute zukunftsweisende Maßstäbe in Punkto Sicherheit setzt: den Crown Maxipay. (Fotos: CROWN Technologies GmbH)

Mehr Bürger-Service

Ein weiterer positiver Aspekt ist der optimierte Kundenservice der Stadt Oldenburg: Die Mitarbeiter verbrachten bislang einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit der Annahme von Bareinzahlungen. Seit der Umstellung auf die Crown SYSTEMS Lösung wurde diese Tätigkeit reduziert und ihnen steht mehr Zeit für die individuelle Kundenberatung zur Verfügung. Die Kunden werden nun schneller bedient, was eine Verkürzung der Wartezeiten vor den Kassen zur Folge hat. Auch die Öffnungszeiten der Dienststelle konnten auf 36,5 Stunden ausgedehnt werden. Dies wirkte sich positiv auf die Kundenzufriedenheit aus: Bei einer Kundenbefragung im Jahr 2003 in den Bürgerbüros der Stadt Oldenburg schnitt die Bedienerfreundlichkeit der Automaten sehr gut ab - bedingt auch durch die benutzerfreundliche Frontgestaltung und einen übersichtlich gestalteten Touch-Screen-Bildschirm.

Crown SYSTEMS: Innovative Technologie und Produkte nach Maß

Bei Crown SYSTEMS handelt es sich um einen der führenden Anbieter von Kassenautomaten, Geldwechsel- und Zahlungssystemen sowie komplexen Softwarelösungen für das Geldmanagement, auch für internationale Märkte.

Crown SYSTEMS ist eine Unternehmenssparte der Crown Technologies GmbH, mit Sitz in Rellingen. Das Unternehmen besteht seit Mai 2007 und ist Teil der weltweit agierenden Novomatic AG die ihren Hauptsitz in Gumpoldskirchen bei Wien hat.

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen Qualität der Leistungen und organisatorischen Abläufe hat Crown Technologies im Jahr 2008 ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001:2000 eingeführt. Die Zertifizierung aller Geschäftsbereiche konnte im August 2008 erfolgreich abgeschlossen werden.

WASSER BERLIN erneut zentraler Treffpunkt der Wasserwirtschaft

WASSER BERLIN 2009
Internationale Fachmesse und Kongress Wasser und Abwasser
30. März–3. April 2009

BERLIN wird vom 30. März bis 3. April erneut zum zentralen Treffpunkt für die nationale und internationale Wasserwirtschaft. Rund 700 Aussteller aus dem In- und Ausland werden neueste Produkte, Technologien und Dienstleistungen vorstellen.

Gegenüber der Vorveranstaltung aus dem Jahr 2006 bedeutet das ein Plus von über 25 Prozent. Der Anteil der ausländischen Aussteller aus 26 Ländern beträgt rund 23 Prozent. In der Folge sind bei der WASSER BERLIN erstmals die Hallen 1 bis 6 mit 49.000 Quadratmetern Fläche komplett belegt. Bei den Besucherzahlen zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Nach rund 26.000 Besuchern in 2006 erwartet die Messe Berlin diesmal etwa 30.000.

Ausschlaggebend für den positiven Trend sind nach Einschätzung der Veranstal-ter die zunehmende Bedeutung von Wasserver- und Abwasserentsorgung, ein zum Teil in einigen Ländern erheblicher Modernisierungsbedarf sowie die über Jahre betriebene systematische Weiterentwicklung von Inhalten und Infrastruktur der Berliner Fachmesse. Zu den zahlreichen Neuerungen, die auf der kommenden Veranstaltung zu fin-den sind, gehören unter anderem die Integration der geofora, der Fachmesse für Bohrtechnik, Brunnenbau und Geothermie, ein Aus- und Weiterbildungstag sowie die Ernennung eines Partnerlandes. Bulgarien nutzt die Chance, sich mit ei-nem großen Gemeinschaftsstand auf der führenden europäischen Wassermesse zu präsentieren.

Parallel zur Fachmesse findet ein umfangreiches Kongressprogramm statt. Rund 350 Referenten berichten in über 100 Vortragsblöcken über aktuelle Themen und Entwicklungen. So auf der wat, der Wasserfachlichen Aussprachetagung von DVGW und BDEW, die nach 2006 erneut im Rahmen der WASSER BERLIN statt-findet. Mit rund 700 teilnehmenden Fach- und Führungskräften ist sie das zentrale jährliche Event der deutschen Wasserwirtschaft. Die DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall) führt vom 30. März bis zum 3. April 2009 das Internationale Symposium zur Wasserwirtschaft durch. Auf der Konferenz "Advanced oxidation processes for water and waste water treatment" berichten Experten über neue Entwicklungen im Bereich der Abwasserbehandlung.

An eine breite Öffentlichkeit - und hier insbesondere Schüler - wendet sich die interaktive Publikumsschau WASsERLEBEN. Sieben Berliner und Brandenburger Schulen sowie über 20 Institutionen und Organisationen aus der Wissenschaft zeigen in Halle 2.1 auf 6.000 Quadratmetern allgemein verständliche Präsentationen und Aktivitäten zum Thema Wasser.

"Es ist uns erneut gelungen, ein attraktives Paket zu schnüren, das bei den Aus-stellern gut ankommt", so Cornelia Wolff von der Sahl, die verantwortliche Projektmanagerin bei der Messe Berlin. "Das Interesse der Fachbesucher ist bereits im Vorfeld sehr groß. Im Fokus stehen dieses Jahr die Herausforderungen für den Leitungsbau, Geothermie, Meerwasserentsalzung sowie die Oxidation in der Wasseraufbereitung. Die Weichen für fünf erfolgreiche Tage rund um das Thema Wasser sind damit gestellt."

Weitere Informationen unter: www.wasser-berlin.de

Der IBM Geschäftsbereich Öffentlicher Dienst auf der CeBIT 2009

Im Mittelpunkt steht die bürgerfreundliche Verwaltung

Wie kann die öffentliche Verwaltung mit dem Lösungsportfolio der IBM in einer intelligent vernetzten Welt nicht nur effizienter, sondern auch noch kunden- bzw. bürgerfreundlicher werden?

Das ist eine der zentralen Fragen des IBM Geschäftsbereichs Öffentlicher Dienst auf der diesjährigen CeBIT in Hannover. Anhand konkreter Projekte im Public Sector Parc in Halle 9 wird auf dem Stand C67 unter anderem demonstriert, wie öffentliche Verwaltungen den Zugang für Bürger und Unternehmen sowie ihre Zusammenarbeit untereinander verbessern, wie sich Organisationen der Sozialversicherung bürgerorientiert aufstellen, wie sich die Studien- und Finanzverwaltung einer Hochschule optimieren lässt und wie innovative Lösungen der IBM die elektronische Gestaltung von Verfahrensabläufen in der Justiz effizient umsetzen.

Als Beispiel dafür, wie Web 2.0-Technologien die verwaltungsinterne Zusammenarbeit und die externe Kommunikation verbessern können, wird anhand von fünf praxisorientierten Szenarien gezeigt, wie z.B. Blogs und Wikis eine Pressestelle im öffentlichen Dienst unterstützen.

WWW.IBM.COM/DE

INTERNORGA-Studie GV-Barometer 2009: Mehrheitlich gutes Investitionsklima

Das Investitionsklima in der deutschen Gemeinschaftsverpflegung (GV) ist mehrheitlich gut, vor allem Kliniken und Heime wollen mehr investieren. Eine immer größere Rolle für die GV-Betriebe spielen der Energieverbrauch sowie das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Tischgäste.

Zu diesen Ergebnissen kommt die achte Auflage des GV-Barometers. Seit 2002 untersucht die Hamburg Messe und Congress GmbH anlässlich der internationalen Fachmesse INTERNORGA das Investions- und Innovationsklima in der GV-Branche. Die Leitmesse für den Außer-Haus-Markt ist vom 13. bis 18. März auf dem Hamburger Messegelände geöffnet.

Mehr als die Hälfte der GV-Entscheidungsträger (53%) beurteilen das Investitionsklima im eigenen Betrieb als "gut". Im Vergleich zum Vorjahr (58%) ist das ein leichter Rückgang, erreicht aber ungefähr das langfristige Durchschnittsniveau von 2002 bis 2008 (= 54,6%). Der Anteil der GV-Betriebe, die für das nächste Jahr Investitionen planen, ist im Vergleich zum Vorjahr (63%) mit 64% leicht gestiegen, bei den größeren Investitionen (58%) sogar um vier Prozentpunkte.

Rund zwei Drittel (64%) der Betriebsrestaurants (Business-Bereich) planen in 2009 Investitionen, vor allem bei "Allgemeinen Ausstattungen" (45%) und "Ausstattungen zum Kochen" (36%). Bei den Kliniken und Heimen (Care-Bereich) deutet sich 2009 eine erhöhte Investitionstätigkeit an. So planen 63% von ihnen für 2009 Anschaffungen (2008: 61%), auch hier vor allem "Allgemeine Ausstattungen" (39%) und "Ausstattungen zum Kochen" (31%), die um sechs Prozentpunkte zugenommen haben. Außerdem setzen Kliniken und Heime für 2009 ein größeres Investitionsbudget als im Vorjahr an. Knapp die Hälfte (45%) von ihnen hat für 2009 sogar ein Budget von 50.000 Euro und mehr eingeplant, das ist der höchste Wert seit Einführung des GV-Barometers 2002.

Erstmals befragt wurden die Betriebe zu den Themen "Gesundheit und Ernährung" sowie "Energieverbrauch". Beide Aspekte spielen für die GV eine immer größere Rolle. So hat das Thema "Gesundheit und Ernährung" in den vergangenen Jahren für fast drei Viertel der Betriebsrestaurants (72%) und zwei Drittel der Kliniken und Heime (66%) bei den Tischgästen stark an Bedeutung gewonnen. Der oft zitierte "Lifestyle of health and sustainability" (LOHA) macht sich also auch im GV-Bereich bemerkbar.

Auf das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Tischgäste reagieren die Betriebe mit einem Bündel von Maßnahmen wie einer zusätzlichen gesundheitsorientierten Menülinie (Business: 78%, Care: 72%) oder dem verstärkten Einsatz von Salat (Business: 83%, Care 75%). Vor allem Betriebsrestaurants (52%) setzen außerdem auf den verstärkten Einsatz von Bio-Produkten. Eine deutliche Mehrheit der GV-Betriebe wünscht bei neuen Produkten eine (noch) stärkere Berücksichtigung der Gesundheitsorientierung (Business: 81%, Care: 74%) und von Aspekten der Nachhaltigkeit (Business: 73%, Care: 74%).

Eine deutliche Mehrheit der GV-Betriebe beschäftigt sich zurzeit außerdem verstärkt mit dem Thema "Energieverbrauch" (Business: 55% Care: 54%). Für die meisten anderen Befragten ist das Thema schon länger von größerer Bedeutung. Von den GV-Betrieben, die sich verstärkt mit dem Thema "Energieverbrauch" beschäftigen, plant rund die Hälfte kurz- oder mittelfristig die Anschaffung neuer Geräte und Systeme (Business: 52%, Care: 48%).

83. Internationale Fachmesse für Hotellerie, Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung, Bäckereien und Konditoreien
13.–18. März 2009, 10–18 Uhr
www.internorga.com

Gestiegen ist das Interesse an neuen Produkten (großes Interesse: 55%, Vorjahr: 49%). Vor allem im Care-Bereich hat es deutlich zugenommen (54%, Vorjahr: 45%), während es im Business-Bereich leicht gesunken ist (55%, Vorjahr: 58%). Für Betriebsrestaurants sind neue Produkte aus dem Bereich Gemüse (74%), Fisch (74%) und Teigwaren/Pasta (72%) am interessantesten; Fleischgerichte (64%) haben deutlich an Interesse gewonnen (+6). In den Kliniken und Heimen hat im Vergleich zu 2008 das Interesse an neuen Produkten aus den Bereichen Desserts/Süßspeisen (+13) und Suppen/Saucen (+10) deutlich zugenommen. Fisch und Geflügel (jeweils 71%) haben Gemüse (68%) von der Spitze verdrängt.

Die Gemeinschaftsverpflegung in Deutschland umfasst nach Informationen des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga mehr als 30.000 Betriebsrestaurants, die pro Woche rund 30 Millionen Mahlzeiten servieren. Hinzu kommen mehr als 16.000 Kliniken, Heime und Reha-Einrichtungen mit täglich rund 1,2 Millionen Mahlzeiten. Der Jahresumsatz der Branche beträgt geschätzte 15 Milliarden Euro. Für die repräsentative Umfrage GV-Barometer 2009 wurden unter der Projektleitung von Prof. Wolfgang Irrgang zwischen dem 3. und 14. November 2008 in insgesamt 305 GV-Betrieben die Entscheidungsträger im Verpflegungsbereich (in der Regel die Küchenleiter) befragt. Dazu zählten 135 Betriebsrestaurants sowie 170 Betriebe aus dem Care-Bereich, davon 81 Krankenhäuser, Sanatorien und Reha-Kliniken sowie 89 Seniorenheime.

Die INTERNORGA bildet als Leitmesse die gesamte Bandbreite des Außer-Haus-Marktes ab. Die 83. Internationale Fachmesse für Hotellerie, Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung, Bäckereien und Konditoreien, ist vom 13. bis 18. März täglich von 10 bis 18 Uhr auf dem Hamburger Messegelände geöffnet.

Eintritt: 26 Euro (Zweitageskarte 36 Euro), Fachschüler: 12,50 Euro. Der Einlass erfolgt nur nach Legitimation als Fachbesucher.

Hygiene in der Küche

(aid) - Wer in der Küche mit Lebensmitteln arbeitet, trägt eine große Verantwortung. Schon eine kleine hygienische Nachlässigkeit kann den Unterschied zwischen zufriedenen und kranken Gästen ausmachen.

Deshalb müssen alle Personen, die Lebensmittel gewerbsmäßig herstellen, verarbeiten oder in Verkehr bringen, ihr Hygienewissen jedes Jahr auffrischen. Die neu aufgelegte aid-DVD vermittelt praxisnah die nach EU-VO 852 gesetzlich vorgeschriebenen Schulungsinhalte über Lebensmittelhygiene. Sie eignet sich für die jährliche Mitarbeiterschulung, zur Erstbelehrung von Küchenmitarbeitern, für den Unterricht von Nachwuchsköchen sowie zur Aus- und Weiterbildung von hauswirtschaftlichen und nahrungsgewerblichen Fachkräften. Kernstück der DVD ist der aid-Schulungsfilm "Hygiene für Profis". Er begleitet drei typische Küchenprofis durch einen ganz normalen Arbeitstag und erklärt von der Warenannahme bis hin zur Speisenausgabe und zum Geschirrspülen richtiges Verhalten in Sachen Küchenhygiene. Das Begleitheft liefert ergänzende Informationen zu den Filminhalten. Elf einzeln anwählbare Filmausschnitte ermöglichen das gezielte Herausgreifen von Schulungsinhalten. Ausserdem enthält die DVD das aid-Heft "Küchenhygiene". Mittels Beamer können somit Seiten präsentiert oder ausgedruckt als Handout verteilt werden.

aid-DVD " Hygiene in der Küche" ca. 21 Minuten, Bestell-Nr. 61-7524 (Einzelplatzlizenz), ISBN 978-3-8308-0803-9, Preis: 25,00 Euro Bestell-Nr. 61-7568 (Schullizenz), 978-3-8308-0555-7, Preis: 50,00 Euro zzgl. einer Versandkostenpauschale von 3,00 EUR gegen Rechnung

aid-Vertrieb DVG, Birkenmaarstraße 8, 53340 Meckenheim, Tel.: 02225 926146, Fax: 02225 926118, Österreich: ÖAV, Sturzgasse 1 A, 1140 Wien, E-Mail: Bestellung@aid.de, Internet: www.aid-medienshop.de

Ausgeschrieben: EPSA -

bewerben bis 20. März 2009

Vom 1. Januar bis zum 20. März 2009 können sich öffentliche Verwaltungen aller Ebenen um den European Public Sector Award 2009 (EPSA 2009) bewerben.

Ausgezeichnet werden innovative und herausragende Verwaltungsleistungen aus ganz Europa in folgenden vier Themenfeldern:

- Leistungssteigerung und -verbesserung bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen
- Bürgerbeteiligung
- Neue Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit
- Führung und Management für den Wandel

Für weitere Informationen zum EPSA und zum Bewerbungsverfahren: http://www.verwaltung-innovativ.de/DE/newsletter__bestueckung/epsa__2009.html

KENNWORT: SPÜLAUTOMAT →

HKI/TAW Seminar „Großküchenplanung und Gerätetechnik“ am 23./24. April 2009

Praxisrelevante Informationen und Tipps zur Einrichtung, der Modernisierung und dem Betrieb von Großküchen.

Die Technische Akademie Wuppertal e.V. und der HKI Fachverband Großkücheneinrichtungen veranstalten am 23./24. April 2009 das traditionelle Seminar „Großküchenplanung und Gerätetechnik“. Experten aus der Praxis berichten über neue Techniktrends und geben wertvolle Informationen rund um die Einrichtung, die Modernisierung und den Betrieb von gewerblichen Küchen.

Im Einzelnen stehen folgende Inhalte auf dem Seminarplan:

- Geräteinstallation im Neubau und bei der Modernisierung
- Gewerbliches Geschirrspülen
- Naßmüllentsorgung
- Heißgetränkeangebot
- Küchenplanung und Verpflegungssysteme
- Leistungsoptimierung für die strombetriebene Großküche
- Arbeitssicherheit in der Großküche
- Be- und Entlüftung gewerblicher Küchen

Das Seminar richtet sich an Wirtschaftsleiter, Küchenchefs, Investoren sowie Architekten, Planer, Mitarbeiter des Großküchenfachhandels, planende Ingenieure und Betreiber von Großküchen und Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen.

60 Jahre im Dienste der Industrie 1949-2009

EFCEM 40 Jahre Kooperation auf europäischer Ebene 1969-2009

Weitere Infos und Anmeldung:
Technische Akademie Wuppertal e.V., Hubertusallee 18
42117 Wuppertal
Tel.: 0202/7495-0
Fax: 0202/7495-202

Top 10 der Lieblingsgerichte der Compass Group Restaurantgäste

And the winner is: Das Schnitzel! Die Gäste der Compass Group Restaurants mögen die Klassiker und legen gleichzeitig Wert auf gesunde Vielfalt.

Das zeigt sich in den Speiseplänen der etwa 700 Betriebsrestaurants des deutschen Marktführers Gemeinschaftsverpflegung. Doch auch bei beliebten Gerichten versuchen die Gäste der Betriebsrestaurants, sich gesund zu ernähren. Darauf reagiert die Compass Group mit eigenen ernährungsbewussten Konzepten wie z.B. Vitalien (kalorienorientiert, fettreduziert, ca. 400 Kalorien pro Portion), die sich in den Menüs widerspiegeln.

Die Compass Group hat die aktuellen Top 10 der Lieblingsgerichte ihrer Gäste in den Betriebsrestaurants zusammengestellt:

1. Schnitzel mit Pommes Frites
2. Pasta Variationen aller Art, z.B. Chinesische Nudeln mit marinierten Rinderstreifen (Vitalien)
3. Frischgemachte Pizza in allen Variationen
4. Steaks, gegrillt, mit beliebten Kartoffelbeilagen, im Sommer auch mit Salsa
5. Kartoffelgerichte aller Art, z.B. Mediterrane Kartoffeln mit Joghurt Dips
6. Hamburger aller Art, z.B. Cheeseburger, Avocadoburger, Giant Burger
7. Würste aller Art, z.B. Currywürste, Thüringer Würste
8. Geflügelspezialitäten, z.B. Puten- und Hähnchenbrust, Hähnchenschenkel gebraten, gegrillt mit Gemüse und Kartoffel-, Nudelbeilagen
9. Eintöpfe aller Art, Linsen, Erbsen, Kartoffel
10. Frischer Fisch, gebraten, gegrillt

Der Appetit der Gäste orientiert sich auch an der Jahreszeit bzw. den Außentemperaturen. So ist die umfangreiche Salatbar vor allem an wärmeren Tagen stark nachgefragt.

Compass Group Deutschland GmbH

Die Compass Group Deutschland ist Marktführer für Catering und Food Services und einer der führenden Anbieter für Support Services in Deutschland. Führende Tochtergesellschaften sind Eurest (Nr. 1 in Deutschland für Betriebsgastronomie), Eurest Services (infrastrukturelle und kaufmännische Support Services), Medirest (Catering in Kliniken, Senioreneinrichtungen und Schulen), Eurest Sports & Food (Catering in Stadien und Arenen) sowie Food affairs (exklusive Gastronomie für Unternehmen und als Betreiber von Spitzenrestaurants, z.B. MAIN TOWER in Frankfurt/M. oder Burg Crass in Eltville am Rhein). Compass Group Deutschland beschäftigt rund 13.000 Mitarbeiter. Die deutsche Gruppe erzielte im Geschäftsjahr 2007/08 einen Umsatz von 614 Millionen Euro. Muttergesellschaft ist die britische Compass Group PLC, die mit ca. 360.000 Mitarbeitern in über 55 Ländern und einem Umsatz von 11,4 Milliarden britischen Pfund weltweit Marktführer ist.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.compass-group.de

Umweltfreundliche Beschaffung spart bares Geld

Energie- und ressourcenschonende Produkte punkten in ökologischer und ökonomischer Hinsicht

Viele positive Beispiele zeigen inzwischen, dass eine umweltfreundliche Beschaffung sowohl ökologisch als auch ökonomisch von Vorteil ist. Dies belegt ein im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) durchgeführtes Forschungsvorhaben. Mit der Einbeziehung von Umweltschutzkriterien in Vergabeverfahren sind bedeutende Umweltentlastungen sowie erhebliche finanzielle Einsparungen möglich. „Die umweltfreundliche Beschaffung ist ein wichtiges Instrument für den Umweltschutz und spart bares Geld“, sagt Dr. Thomas Holzmann, Vizepräsident des UBA. Ein im Rahmen des Forschungsprojektes erstelltes Rechtsgutachten bestätigt, dass es bei Vergabeverfahren der öffentlichen Hand inzwischen keine rechtlichen Zweifel mehr an der grundsätzlichen Zulässigkeit der Berücksichtigung von Umweltkriterien gibt. Bislang diskutierte die deutsche Rechtswissenschaft das Thema „umweltfreundliche öffentliche Auftragsvergabe“ eher kritisch unter dem Stichwort „vergabefremde Aspekte“.

Das Forschungsprojekt mit dem Titel „Nationale Umsetzung der neuen EU-Beschaffungs-Richtlinien“ ermittelte Umweltentlastungspotenziale für die Beschaffung ausgewählter Produkte, beispielsweise von Multifunktionsgeräten mit verschiedenen Funktionen wie Drucken, Scannen und Kopieren.

Das Ergebnis:
Mit der Anschaffung ressourcenschonender und energiesparender Geräte lassen sich die mit der Herstellung, Nutzung und Entsorgung dieser Geräte verbundenen Umweltbelastungen deutlich minimieren. So ist das Treibhauspotential für das Drucken von 1.000 Seiten bei einem Multifunktionsgerät mit dem Umweltzeichen Blauer Engel etwa um die Hälfte geringer als bei einem konventionellen Gerät. Geht man davon aus, dass ein Multifunktionsgerät etwa 50.000 Seiten pro Jahr druckt und eine Lebensdauer von fünf Jahren hat, spart ein Gerät mit dem Blauen Engel - im Vergleich zu einem nicht ausgezeichneten Gerät - circa 1.150 Kilogramm Kohlendioxid-Äquivalente.

Bezieht man alle Kosten, die im Lebenszyklus eines Produktes anfallen, mit ein, punkten umweltfreundliche Waren oft auch in wirtschaftlicher Hinsicht. So lassen sich etwa bei einem Multifunktionsgerät, das die Kriterien des Blauen Engels erfüllt, über die gesamte Lebensdauer von angenommenen fünf Jahren und bei 50.000 ausgegebenen Seiten pro Jahr knapp 830 Euro gegenüber der konventionellen Variante sparen. Diese Ersparnis setzt sich zusammen aus den geringeren Kosten für Strom, Toner sowie Papier, denn durch beidseitige Ausdrucke sinkt der Papierbedarf.

Um die umweltfreundliche Beschaffung in Behörden und Kommunen künftig zu erleichtern, wurden für die untersuchten Beispiele - Multifunktionsgeräte, Computer, Bewässerungsanlagen sowie Reinigungsmittel und Reinigungsdienstleistungen - auch Musterausschreibungen erarbeitet. Diese sollten die Vergabestellen, die für ein transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren sorgen müssen, nun nutzen.

Das Rechtsgutachten und der Endbericht zum Forschungsvorhaben „Nationale Umsetzung der neuen EU-Beschaffungs-Richtlinien“ stehen zum Download bereit: http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3661.pdf sowie http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3666.pdf.

Eine Ratgeberbroschüre mit dem Titel „Umweltfreundliche Beschaffung – ökologische und wirtschaftliche Potenziale rechtlich zulässig nutzen“ finden Sie unter http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3687.pdf.

Die Musterausschreibungen sind auf der Seite www.beschaffung-info.de abrufbar.

Deutschlands Energiebeauftragte beraten über nachhaltiges Energiemanagement

14. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten tagt am 27. und 28. April in Münster

“Gemeinsam sind wir stark und erreichen mehr“ ist das grundlegende Motto aller Kooperationen. Der Erfolg vieler Kooperationsvorhaben im kommunalen Energiemanagement beweist, dass sich eine Zusammenarbeit lohnen kann. Dabei sind sowohl die interne Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung als auch die Kooperation mit kommunalen Unternehmen, der Privatwirtschaft, anderen lokalen Akteuren wie dem lokalen Handwerk und die interkommunale Zusammenarbeit von Bedeutung. Ein Schwerpunkt des diesjährigen Kongresses besteht daher darin, die unterschiedlichen Handlungsansätze, Maßnahmen und Projekte des kommunalen Energiemanagements und die damit verbundenen Notwendigkeiten und Potenziale zur Kooperation mit anderen Akteuren zu verdeutlichen.

Zielgruppen: Energiebeauftragte aus Städten, Gemeinden und Kreisen sowie aus kommunalen Unternehmen, Vertreter/innen aus Umweltämtern und -ressorts, Ratsmitglieder

Weitere Informationen im Netz: http://www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml

http://www.difu.de/seminare/09energiekongress.programm.pdf

Kennwort: Messer

Kommunen und Stadträte: Je wichtiger die Position, desto weniger Frauen

Im Auftrag der Heinrich Böll-Stiftung erstellt ein politikwissenschaftliches Forschungsteam an der FernUniversität in Hagen (Privatdozent Dr. Lars Holtkamp, Dr. Elke Wiechmann und Sonja Schnittke) das erste deutsche Genderranking.

Während in anderen Ländern - wie Norwegen - dieser Vergleich schon eine lange Tradition hat, um einen Wettbewerb zwischen den Kommunen zur stärkeren Berücksichtigung von Fraueninteressen zu initiieren, gibt es in Deutschland hierzu noch keine Vorbilder. Im Gegenteil:

In den offiziellen Genderberichten der Bundesregierung kommt die kommunale Ebene so gut wie nicht vor und eine flächendeckende Erfassung von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen steht noch aus. Gerade aber diese Führungspositionen in Parlament und Verwaltung sind zentral, um eine geschlechtergerechte Repräsentanz von Fraueninteressen zu erreichen. Das Forschungsteam des Lehrgebiets Politikwissenschaft IV: Politik und Verwaltung der FernUniversität hat hierfür in einem ersten Schritt die Internetseiten der Großstädte erfasst, statistisch ausgewertet und fehlende Daten durch Vor-Ort-Recherchen ergänzt.

Unterrepräsentanz von Frauen ist großstädtischer Alltag

Erstes Ergebnis ist, dass Frauen durchschnittlich gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in allen Positionen unterrepräsentiert sind. Je wichtiger diese Ämter in der Kommunalpolitik werden, desto stärker ist diese Unterrepräsentanz ausgeprägt. Der Frauenanteil unter allen Ratsmitgliedern in deutschen Großstädten liegt bei 32,8 %. Bei den Ausschussvorsitzenden ist nur noch einen Frauenanteil von 25,9%, bei den Fraktionsvorsitzenden von 20,6 %, bei den Dezernentinnen und Dezernenten von 18,5% und bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von 17,7 % zu verzeichnen. Allerdings sind hierbei erhebliche Unterschiede zwischen den Großstädten zu konstatieren, die angelehnt an die Methodik des "Gender equality Index" für norwegische Kommunen ausgewertet wurden.

Der Genderindex für den interkommunalen Vergleich

Folgende Positionen gehen als Indikator in den Genderindex ein: Ratsmandate, Ausschussvorsitze, Fraktionsvorsitze, Dezernentinnen und Dezernenten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Für die ersten vier Positionen wurden die Gemeinden jeweils gesondert gerankt und in Quartile eingeteilt (Quartile sind die Grenzen zwischen zwei bestimmten Vierteln einer statistischen Verteilung). Entsprechend der Quartilszugehörigkeit der Städte bei den einzelnen Positionen wurde der Wert 4, 3, 2, oder 1 zugewiesen: Großstädte, die unter den ersten 20 mit der höchsten Frauenrepräsentanz sind, bekommen z. B. bei den Ratsmandaten für diese Position den Wert 4 zugewiesen.

Für die Oberbürgermeisterposition wurde dagegen bei männlicher Besetzung der Wert 1 und bei weiblicher Amtsausübung der Wert 2 vergeben. Diese Werte für die betrachteten 5 Positionen werden zum Genderindex addiert. Haben Kommunen schließlich in einigen Fällen die gleiche Punktzahl auf dem Genderindex, ist der weibliche Ratsanteil entscheidend für die letztendliche Platzierung.

Bei diesem ersten deutschen Genderranking ist die Stadt Frankfurt am Main deutliche Siegerin. In Frankfurt sind vierzig Prozent der Ratmitglieder und der Dezernentinnen/Dezernenten weiblich. Hinzu kommt selbstverständlich in der Wertung die Oberbürgermeisterin Petra Roth und dass 50 % der Ausschussvorsitze mit Frauen besetzt sind. Damit schneidet Frankfurt a. M. bei fast allen Positionen mit der höchsten Punktzahl ab.

Der Kontrastfall hierzu ist die Stadt Salzgitter. Sie kommt mit der minimal möglichen Punktzahl auf den 79sten und letzten Platz des Gender-Rankings. Im Kommunalparlament dieser Großstadt sind nur 15,2 % Ratsmitglieder weiblich. Bei den Fraktionsvorsitzenden, Dezernenten, wesentlichen Ausschussvorsitzenden und auf dem Bürgermeisterstuhl ist nicht eine Frau ausfindig zu machen. Dr. Lars Holtkamp: "Deutlicher können Frauen kaum unterrepräsentierter sein."

Hinter Frankfurt liegen auf den Plätzen zwei bis vier München, Erlangen, Lübeck und Düsseldorf. Vor Salzgitter platzieren sich Bottrop, Duisburg, Mönchengladbach und Jena.

Eine ausführlich statistische Analyse unter Berücksichtigung vieler halbstandardisierter Interviews vor Ort, um insbesondere die Ursachen für die großen interkommunalen Unterschiede zu klären, wird von dem Hagener Forschungsteam in der Buchreihe der Heinrich Böll-Stiftung im Frühjahr 2009 noch vor den Kommunalwahlen in vielen Bundesländern erscheinen.

Call for Papers: DeGEval-Tagung

Die 12. Jahrestagung der Gesellschaft für Evaluation DeGEval wird vom 7. bis 9. Oktober 2009 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster stattfinden.

Im Rahmen der jetzigen Call-for-Papers-Phase können noch bis 30. März 2009 Beitragsvorschläge eingereicht werden.

Die Tagung ist ein Forum zur Präsentation und Diskussion von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen im Bereich "Evaluation und Gesellschaft". Im Fokus stehen unter anderem folgende Fragen: Kann Evaluation zur Transparenz und damit zum Vertrauen in politische Entscheidungen beitragen? Wie kann Evaluation Demokratie und die reflexive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen fördern? Wie viel und welche Evaluation braucht die Gesellschaft? Die DeGEval will auf ihrer Jahrestagung diese und andere Fragen diskutiert. Wie Sie Beitragsvorschläge einreichen können, lesen Sie im Internet: http://www.verwaltung-innovativ.de/DE/newsletter__bestueckung/degeval__call__for__papers.html.

Korruption kontrolliert bekämpfen

„Korruptionsprävention ist für Unternehmen unerlässlich, die Verantwortlichen dürfen jedoch nicht über das Ziel hinausschießen, wie bei der nahezu flächendeckenden Mitarbeiterüberprüfung bei der Deutschen Bahn geschehen“, so Dr. Holger Hildebrandt, Geschäftsführer des Bundesverbands Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME), Frankfurt.

Maßnahmen, die auf der Annahme gründeten, dass die gesamte Belegschaft unter Verdacht steht, zerstörten die Vertrauenskultur im Unternehmen. Ernsthaften Bemühungen, im Zuge der allgemeinen Compliance-Diskussion für mehr Transparenz zu sorgen, werde so ein Bärendienst erwiesen. Hildebrandt: „Klar ist, dass der Einkauf bei der Unterbindung von Korruption besonders gefordert ist. Der BME hat darum einen Verhaltenskodex (BME-Code of Conduct) eingeführt, der Unternehmen für ethische Anforderungen sensibilisiert.“ Der Kodex enthält Regeln zur Bekämpfung von Korruption, zu kartellrechtswidrigen Absprachen sowie zu Kinder und Zwangsarbeit. Er umfasst zudem Grundsätze zur Einhaltung von Menschenrechten, zu Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zu fairen Arbeitsbedingungen.

Beispiele:
regelmäßige Selbstauskünfte hinsichtlich implementierter Compliance-Maßnahmen, Ombuds-Personen als Ansprechpartner bei Interessenkonflikten, Richtlinien für Annahme bzw. Gewährung von Geschenken und zum Umgang mit Geschäftsgeheimnissen sowie Grundsätze zur Verhinderung von Diskriminierung. „Parallel gilt es, sämtliche Compliance-Grundsätze und die aus Verstößen resultierenden Sanktionen den eigenen Mitarbeiten, aber auch den Lieferanten unmissverständlich zu kommunizieren“, sagt Hildebrandt. Jedes Unternehmen könne überdies zusätzliche ethische Anforderungen an sich selbst und auch an die Geschäftspartner stellen. Unternehmen erkennen durch ihren freiwilligen Beitritt die Richtlinie an und beteiligen sich an einem jährlich stattfindenden Selbstauskünfte-Verfahren. Die Unterzeichner werden in einer für die jeweiligen Geschäftspartner in Kürze einsehbaren Liste auf einer speziellen Web-Seite des BME geführt.

Hildebrandt: „Die Glaubwürdigkeit eines Verhaltenskodex steht und fällt freilich mit der konsequenten Umsetzung entsprechender Maßnahmen in den Unternehmen.“

Den Code of Conduct finden Sie unter www.bme.de.

GreenIT-Software von New Boundary Technologies schont die Umwelt und spart 15 % Energiekosten

Die Software Policy Commander mit neuer PwrSmart-Technologie von New Boundary Technologies stellt den günstigsten Verbrauch automatisch ein und setzt dieses "Energieschema" auch gegen Änderungen des Anwenders durch. Energie-Management verlängert die Lebensdauer von IT Anlagen, spart Geld und schützt die Umwelt.

Die Green-IT-Lösung PwrSmart von New Boundary Technologies ist eine Software, die das Energie-Management aktiv durchsetzt, indem sie eine sich selbst erhaltende Umgebung schafft. Nach dem Prinzip "Set and Forget - einmal einstellen und sparen" speichert sie die Einstellungen und setzt den PC immer wieder auf dieses Energieschema zurück. Die Einstellungen von PwrSmart basieren auf den Konfigurationseigenschaften der PCs, manuelle Eingriffe sind nicht notwendig.

Die PwrSmart-Technologie funktioniert einfach und effektiv: Der Administrator definiert beispielsweise, welche Rechner und Rechnergruppen nachts ausgeschaltet werden sollen oder auf Standby heruntergefahren werden, wenn sie eine gewisse Zeit nicht genutzt wurden. Die Software Policy Commander setzt dieses Energieschema um. Sie steuert und überwacht die Rechner und optimiert dadurch die Energieeinsparungen. Die Einstellungen werden als auswählbare Schemata innerhalb der Windows-Schnittstelle dargestellt und in detaillierten Berichten abgebildet. Die Energie-Managementlösung reduziert den Stromverbrauch der Rechner und senkt die Gesamtenergiekosten des Unternehmens um bis zu 15 Prozent. Für eine Organisation mit 500 Rechnern bedeutet das eine jährliche Kostenersparnis von etwa 35.000 Euro.

Das Problem

Untersuchungen haben ergeben, dass nur 36 Prozent der Anwender ihre Rechner abends herunter fahren und dass die meisten Benutzer Voreinstellungen für das Energie-Management auf ihren Rechnern innerhalb weniger Monate deaktivieren oder ändern. Das kostspielige und aufwendige Konfigurieren der PCs ist somit nach kurzer Zeit hinfällig. Um effizient und effektiv Strom zu sparen, benötigen die IT-Verantwortlichen daher eine Lösung, die automatisch Einstellungen für das Energie-Management und deren bewährte Konfiguration verwaltet und Änderungen der Benutzer verhindert.

Rechenbeispiel

Ein durchschnittlicher Rechner, der Tag und Nacht läuft, verbraucht über 700 Kilowattstunden Strom im Jahr - mehr als ein Kühlschrank. Wenn der Rechner bei voller Leistung läuft, auch wenn er nicht genutzt wird, sind das etwa 400 Kilowattstunden zu viel. Bei einem durchschnittlichen Strompreis von 18 Cent können bei einem einzigen Rechner 72 Euro pro Jahr eingespart werden. Jedes Jahr verschwenden Unternehmen auf diese Weise fast 4 Milliarden Euro. Dabei wird erwartet, dass sich der weltweite Energieverbrauch bis 2030 noch um 50 Prozent steigert. Energie-Management schützt also nicht nur die Umwelt, sondern es verlängert die Lebensdauer der IT Anlagen, spart Geld und ist eine Investition in die Zukunft.

PwrSmart wird in Deutschland von OPTIMAL System-Beratung und Partnern angeboten. Zur Zeit gilt ein Aktionspreis von 50 Prozent Rabatt.

KENNWORT: GREENIT-SOFTWARE

Licht und Schatten im Bioenergiemarkt 2008 BBE veröffentlicht Marktzahlen

Nach vorläufigen Branchenzahlen konnte der Bioenergiemarkt in Deutschland auch in 2008 seinen Marktanteil am Endenergieverbrauch von 6,2% in 2007 auf 6,5% steigern. So wuchs insbesondere die Stromproduktion aus biogenen Rohstoffen um 0,7 Prozentpunkte auf 4,6%, entsprechend 30% der gesamten erneuerbar erzeugten Strommenge.

Auch im Wärmemarkt konnte ein Marktwachstum von 6,0% in 2007 auf insgesamt 6,7% der Wärmenachfrage erzielt werden. Dem stehen mit -22% jedoch drastische Rückgänge im Absatz biogener Kraftstoffe im Verkehrssektor entgegen. Ihr Marktanteil ging deutlich von rund 7,6% in 2007 auf nur noch 5,9% in 2008 zurück.

Der Vorstandsvorsitzende des BBE, Helmut Lamp, MdB, kommentierte auf der „nature.tec 2009“ im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin die Marktzahlen mit gemischten Gefühlen. So sei zwar die Erhöhung der biogenen Stromproduktion trotz schwierigem Marktumfeld erfreulich, diese sei jedoch im Wesentlichen auf die volle Auslastung der zu Jahresbeginn 2008 bereits bestehenden Anlagen zurückzuführen. Viele Biogasanlagen und Biomasseheizkraftwerke seien erst in der Mitte bis Ende 2007 in Betrieb gegangen und hätten demnach nicht das volle Jahr über Strom produziert. Der Anlagenzubau in 2008 sähe dagegen eher verhalten aus. Mit Inkrafttreten des neuen EEG in 2009 jedoch, welches nach Ansicht des BBE der Bioenergiebranche gute Rahmenbedingungen für einen weiteren Marktausbau gewährleiste, ist sich Lamp sicher, würden wieder deutlich mehr Anlagen errichtet und die biogene Stromproduktion noch stärker forciert.

Auch zeigte sich Lamp erleichtert, dass sich der Holzpelletmarkt nach einem zuletzt schwachen Jahr in 2007 wieder erholt habe und von den Verbrauchern zunehmend als echte Alternative im Wärmemarkt angenommen werde. Um so wichtiger sei es, das Budget des Marktanreizprogramms (MAP), welches über Investitionszuschüsse für moderne und hocheffiziente Holzfeuerungsanlagen zu den wesentlichen Entwicklungsmotoren im biogenen Wärmemarkt zählt, im Bundeshaushalt - wie im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) vorgesehen – auf 500 Mio. Euro auszubauen. Zusätzliche Impulse verspreche sich die Branche zudem von dem seit 2009 gültigen EEWärmeG, welches verbindliche Mindestanteile erneuerbarer Wärme in Neubauten vorschreibt – auch wenn der letztlich verabschiedete Gesetzesentwurf hinter den Branchenerwartungen zurück geblieben sei. Wenn es jedoch gelänge, über das MAP eine Übererfüllung der gesetzlich vorgegebenen Mindestanteile mit biogenen Heizungsanlagen zu honorieren, könne dagegen in den kommenden Jahren auch im Wärmemarkt der „schlafende Riese“ endlich geweckt werden.

Gar nicht überrascht war Lamp hingegen von den Einbrüchen im Biokraftstoffmarkt: „Hier bewahrheitet sich, was die Biokraftstoffbranche im gesamten letzten Jahr angemahnt hat, jedoch von der Bundesregierung unerhört geblieben ist“ kritisiert Lamp. Mit der kontinuierlichen Erhöhung der Teilsteuersätze seien Biodiesel und Pflanzenöle im Reinkraftstoffmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig, das Marktvolumen im Beimischungsmarkt durch die technischen Vorgaben der Benzin- und Dieselnormen jedoch begrenzt. „Jetzt muss endlich reagiert werden, in dem die in 2009 erneut erhöhten Steuersätze endlich ausgesetzt werden!“ richtet Lamp seine Forderung an die Politik.

Mit Unverständnis reagierte Lamp auf das Beharren der Bundesregierung, an der vorgesehenen Steuererhöhung festzuhalten, obwohl ihr eigener Biokraftstoffbericht noch im November 2008 den ökonomischen Druck der Branche belegt und eine Unterkompensation von rund 6 – 10 ct/l festgestellt habe. So werde gerade in Zeiten der allgemeinen Rezession ein zukunftsträchtiger, mittelständischer Wirtschaftszweig, der noch vor wenigen Jahren mit staatlicher Subventionierung aufgebaut worden ist, endgültig dem Untergang geweiht und damit Tausende von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum vernichtet.

Weiterhin fordert der BBE die Biokraftstoffquoten unbedingt auf dem bisherigen Zielniveau zu halten und keine Absenkung wie im derzeit vorliegenden Regierungsentwurf vorzunehmen. Anderenfalls drohe ein weiterer dramatischer Einbruch des heimischen Biokraftstoffmarktes.

CeBIT 2009: ITDZ Berlin zeigt Test-Schaltung der Behördenrufnummer 115

Am Messestand des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ Berlin) im Public Sector Parc (Halle 9, Stand B66) hat der zentrale IT-Dienstleister der Berliner Verwaltung eine Test-Schaltung der D115 eingerichtet.

Die Hauptstadt ist Modellregion für die bundesweit geplante Behördenrufnummer D115. Das ITDZ Berlin setzt diesen Service technisch um, und ist Betreiber des Berliner Service-Centers, das nach dem Start des Pilotbetriebs die „115 Anrufe“ der Hauptstadt entgegennimmt.

Den Service von Morgen schon heute testen

Fragen zur Kfz-Zulassung, zum Elterngeld oder den Öffnungszeiten des Standesamtes: Auskunft erhält man unter der Rufnummer 115. Unabhängig davon welche der drei Verwaltungsebenen betroffen ist, denn Bund, Länder und Kommunen gestalten die D 115 gemeinsam. Am Messestand des ITDZ Berlin kann der Besucher die Servicefunktionen nachvollziehen und erkennen, wie die Mitarbeiter des Service-Centers das Wissensmanagementsystem nutzen.

WWW.ITDZ-BERLIN.DE

BHE – *da bleibt keine Frage offen!*

BHE

BHE-Fachkongress Brandschutz

Ein **Muss** für

- Facherrichter
- Planer- und Ingenieurbüros
- Hersteller von Sicherungstechniken
- Entscheider in Baubehörden
- Mitarbeiter von Feuerwehren
- Brandschutzbeauftragte von Unternehmen, Handel und Dienstleistungsbetrieben
- Versicherer
- Brandschutz-Sachverständige

17./18. März 2009 – Fulda

Kongresszentrum Hotel Esperanto

Der BHE-Fachkongress Brandschutz bietet

- Informationen

- Anwender-Konzepte

- Neue Technologien

Anmeldung und Programm beim BHE (Telefon 0 63 86 / 92 14-0)

... oder unter **www.bhe.de**

BHE vfdb

Kehrmaschine mit Schrubbdeck erhält die Bausubstanz von Parkhäusern und Tiefgaragen

Die Sanierungskosten eines Parkhauses schlagen gewaltig zu Buche. Vor allem der Salzeintrag im Winter macht den Bauwerken auf Dauer zu schaffen. Diese Erfahrungen machten auch die Stadtwerke Biberach, die nach einer teuren Komplettsanierung Abhilfe suchten:

Heute kommt in allen städtischen Parkhäusern der Citymaster 1200 CityCleaner zum Einsatz, um Feuchtigkeit und Salzeintrag frühzeitig zu beseitigen. Zusätzlich ausgestattet mit einer Kehreinheit ist das Herz der Maschine das Schrubbdeck. Es sorgt mittels rotierender Bürsten für Geh- und Radwegen, Tiefgaragen und Parkhäusern. Mit einer Arbeitsbreite von 1 330 mm ist die knickgelenkte Maschine sowohl auf großen Flächen wie auch beengten Innenstadtbereichen in ihrem Element.

Durch den Allrad-Antrieb bewältigt sie problemlos alle Steigungen und fährt bei Bedarf während des Arbeitsvorganges selbst auf den Rampen aus dem Stand an. Da ihr Bordsteinkanten überhaupt keine Probleme bereiten, kann sie problemlos von Parkhaus zu Parkhaus fahren, damit die entsprechenden Arbeiten durchgeführt werden können.

Um den Werterhalt der hoch frequentierten Parkhäuser sicherzustellen, wird heute in Biberach vor allem im Winter regelmäßig eine Grundreinigung durchgeführt. Kommt es bei Eis und Schnee zum Salzeintrag, wird die Maschine bei Bedarf im Einfahrtsbereich und auf den Fahrbahnen mehrmals täglich eingesetzt, um das Tausalz frühzeitig zu entfernen. Auch die Kehreinheit bewährt sich im Winter. Auf den Freidecks und über die nicht komplett verschlossenen Außenwände kommt es zu Schneeverwehungen, die mit der Kehreinheit der Reinigungsmaschine weggekehrt, im großen Kehrbehälter gesammelt und anschließend zentral entsorgt werden.

Die Kehrmaschine mit Schrubbaggregat wird bei Bedarf im Winter täglich auf den hoch frequentierten Flächen und Wegen in den Parkhäusern in Biberach eingesetzt, um die Bau-

Randnahes Arbeiten ist mit dem Schrubbdeck möglich. (Fotos: Hako-Werke GmbH)

Das Arbeitsgerät ist effizient im Alltag, leise und reinigt problemlos die großen Flächen. Der Tank fasst ein Volumen von 180 l. Das reicht jeweils für ein Parkdeck. Pro Tankfüllung kommt zusätzlich 1 l Neutralreiniger zum Einsatz, der das gute Reinigungsergebnis unterstreicht.

Die Zeitersparnis beim Reinigen der einzelnen Häuser summiert sich auf bis zu vier Stunden. Während früher mit einem Hochdruckreiniger ein nicht annähernd so gutes Ergebnis erzielt wurde, funktioniert heute die Reinigung der Bodenflächen schnell, effektiv und umweltfreundlich.

Weitere Informationen erhalten Sie auch unter dem folgenden Kennwort...

Kennwort: hako-kehrmaschine

2. BHE-Fachkongress Brandschutz in Fulda

Bereits zum 2. Mal findet am 17. und 18. März 2009 der BHE-Fachkongress Brandschutz in Fulda statt.

(Fotos: Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen (BHE))

Brandmeldetechnik in Kombination mit Rauch- und Wärmeabzugsanlagen, ergänzt um Löschanlagentechnik und Sprachalarmierung sowie professionell ausgearbeitete Flucht- und Rettungsweglösungen werden auf dieser Veranstaltung in Kooperation mit der vfdb vorgestellt. Technische Informationen und erprobte Anwenderkonzepte stehen im Fokus der 22 hersteller- und produktneutralen Fachvorträge.

Das Vortragsprogramm wird durch eine begleitende Ausstellung namhafter Systemhersteller ergänzt. Teilnehmer können sich so direkt vor Ort über aktuelle Highlights und neue Technologien informieren.

Am Abend des ersten Veranstaltungstages bietet der beliebte Branchentreff in stilvoller Atmosphäre zusätzliche Möglichkeiten mit Teilnehmern, Referenten und Ausstellern ins Gespräch zu kommen.

Detaillierte Informationen zur Veranstaltung erhalten Interessenten in der BHE-Geschäftstelle oder unter:

WWW.BHE.DE

Preisgelder zwischen 10.000 und 50.000 Euro für vorbildlichen Klimaschutz in Kommunen

Bundesumweltministerium startet Wettbewerb *Kommunaler Klimaschutz 2009*

Mit dem vom Bundesumweltministerium gestarteten Wettbewerb *Kommunaler Klimaschutz 2009* sollen Kommunen und Regionen für vorbildlichen Klimaschutz ausgezeichnet werden. Der Wettbewerb ist ein weiteres Angebot, das sich im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative speziell an die Zielgruppen Kommunen und Regionen richtet. Bewerben können sich Kommunen oder Regionen mit realisierten Projekten, Maßnahmen und Strategien, die in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben.

Die Preisgelder in den einzelnen Wettbewerbskategorien betragen zwischen 10.000 und 50.000 Euro. Die Projekte, Maßnahmen oder Strategien sollen Modell- und Vorbildfunktion besitzen und andere Kommunen zur Nachahmung anregen.

Bewerbungsschluss ist der 31. März 2009.

Zentrale Beratungsstelle für alle Fragen rund um den Wettbewerb ist die beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelte *Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz*.

Die Preisverleihung findet in größerem Rahmen statt und wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So sollen die ausgezeichneten Kommunen und Regionen bundesweit bekannt gemacht werden und andere zu einer Beteiligung am Förderprogramm *Kommunaler Klimaschutz* anregen. Die Preisverleihung wird voraussichtlich Ende Juni 2009 stattfinden.

Weitere Informationen zum Wettbewerb und zu den Teilnahmebedingungen unter: http://www.kommunaler-klimaschutz.de

Europaweite Umfrage zeigt Sparpotenzial von Unternehmensfuhrparks auf

Fuhrpark krisensicher ausrichten

Nach wie vor steckt ein beträchtliches Einsparpotenzial in Firmenfahrzeugen. Dies ergab eine europaweite Umfrage des weltweit führenden Anbieters von Lösungen zum Fuhrparkmanagement und Flottenleasing, GE Capital Solutions, unter rund 700 Kunden. Durch eine gezielte und nachhaltige Ausrichtung der Firmenfahrzeuge könnten Unternehmen ihre Fuhrparkkosten um durchschnittlich rund 900 Euro pro Fahrzeug und Jahr senken. Bei den insgesamt über 170.000 untersuchten Fahrzeugen ergab sich damit in Summe ein Einsparvolumen von jährlich rund 150 Millionen Euro. Die Grundlage dafür kann bereits bei der Fahrzeugwahl gelegt werden, die in unternehmensweiten Richtlinien klar geregelt sein sollte.

Die Kosten für den Fuhrpark senken zu können, setzt voraus, sie dezidiert zu kennen. „Viele Unternehmen wissen aber noch nicht einmal, wie sich ihre Fuhrparkkosten zusammensetzen“, beschreibt Ludger Reffgen vom deutschen Tochterunternehmen ASL die Situation. Eine Erklärung dafür sieht er in der Aufgabenverteilung. Viele Flottenmanager müssten sich zu sehr um operative Aufgaben kümmern. Ihnen bliebe zu wenig Zeit für eine detaillierte Analyse der Kosten und damit für eine effiziente Steuerung der Fuhrparks. Im Zuge der gegenwärtig andauernden wirtschaftlichen Turbulenzen werde sich das ändern müssen. Auch im Fuhrparkbereich müsste ein auf Basis der Gesamtkosten ausgerichtetes Management der Fahrzeuge stärker in das Blickfeld der Unternehmen geraten. Nur so könnten die Kosten beispielsweise für Versicherung, Reifen oder Kraftstoff entsprechend identifiziert und nachhaltig gesenkt werden, wie die von GE durchgeführte Umfrage zeigt.

Sparbereiche

Die Umfrage verdeutlicht mehrere Bereiche, in denen Unternehmen vornehmlich sparen können. So zum Beispiel beim Kraftstoffmanagement mit rund 16,5 Millionen Euro pro Jahr. Heruntergebrochen auf das einzelne Fahrzeug sind das durchschnittlich 96 Euro pro Jahr. Durch ein besseres Versicherungsmanagement lassen sich ebenfalls Fahrzeug-bezogen weitere 60 Euro sparen. Für die Gesamtheit der 170.000 europaweit untersuchten Fahrzeuge beläuft sich diese Zahl auf rund zehn Millionen Euro.

Ein weiteres interessantes Ergebnis der Umfrage betrifft die Sicherheit. So haben 67 Prozent der Unternehmen zwar Freisprecheinrichtungen für ihre Fahrer installiert, aber bei nur 25 Prozent sind Airbags obligatorisch. GE Capital Solutions wird seine Beratungsleistung Key Solutions europaweit auf den Markt bringen, um Fuhrparkmanagern bei der effizienten Gestaltung und Handhabung ihrer Flotten zu unterstützen. Die Umfrage zeigt, dass der Bedarf erheblich ist.

Fuhrpark krisensicher ausrichten – Chance nutzen

Die ökonomische und zugleich ökologische Ausrichtung des Fuhrparks ist aus Sicht von Reffgen herausfordernd. So komme die Umweltdiskussion in den Unternehmen zwar verstärkt an, das zeige ein weiteres Ergebnis der Umfrage, nach dem 16 Prozent der deutschen Unternehmen den CO_2-Ausstoß ihrer Fahrzeuge durch den Einsatz von Dieselfahrzeuge mit entsprechendem Partikelfilter oder durch eine Beschränkung von Hubraum und Motorleistung reduzieren; dennoch herrsche hierzulande vielerorts aber noch eine Ungewissheit, wohin genau die Reise gehe. Ein Grund für die Zurückhaltung liege darin, dass noch nicht abschließend geklärt sei, wie die kommende CO_2-basierte Kfz-Steuer aussehen werde. Andere Länder seien in diesem Zusammenhang bereits weiter. Als Beispiel nennt er Frankreich. Dort fördere die Regierung schadstoffarme Fahrzeuge in höherem Maß als dies andere europäische Länder tun. Frankreich nehme daher eine Art Vorreiterrolle in Europa ein, meint Reffgen. Die Umfrage belegt das:

Rund 84 Prozent der befragten französischen Unternehmen setzen bereits auf eine Beschränkung des CO_2-Ausstoßes. Auf Platz zwei folgt Schweden mit 43 Prozent. Der europaweite Durchschnitt liegt laut Umfrage bei 34 Prozent.

Kleine und mittelgroße Fuhrparks dominieren

Wie hoch die Einsparungen für die einzelnen Unternehmen sind, hängt letztendlich von der Größe ihres Fuhrparks ab. In Europa haben die meisten Fuhrparks zwischen einem und 50 Fahrzeugen. Bei 17 Prozent liegt die Zahl der Firmenwagen zwischen 76 und 150 Fahrzeugen. Auf Platz drei finden sich mit noch 13 Prozent Unternehmen, deren Fuhrparks zwischen 51 und 75 Fahrzeuge umfassen. In Deutschland zeichnet sich auf den ersten drei Plätzen ein etwas ausgewogeneres Bild: Rund 31 Prozent weisen einen Fuhrpark bis 50 Fahrzeugen auf, 21 Prozent haben 76 bis 150 Fahrzeuge im Einsatz und bei rund 19 Prozent liegt die Zahl der Firmenfahrzeuge zwischen 51 und 75. Die Anzahl der Fuhrparks, die zwischen 251 und 500 Fahrzeugen aufweist, liegt in Deutschland mit 13 Prozent deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 6 Prozent.

Insgesamt wurden in der zweiten Jahreshälfte 2008 rund 700 Firmen in Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Portugal, Spanien, Schweden und Großbritannien mit über 170.000 Fahrzeugen befragt.

Informationen zum Unternehmen

ASL – Part of GE Capital Solutions ist ein führender Anbieter von Lösungen zum Fuhrparkmanagement und Flottenleasing in Deutschland und Europa. Zur Expertise des hersteller- und bankenunabhängigen Tochterunternehmens von GE (General Electric) zählen nationale und paneuropäische Analysen samt Fuhrparkberatung. In Deutschland beschäftigt das Unternehmen mit Hauptsitz in Oberhaching derzeit 400 Mitarbeiter und betreut rund 84.000 Fahrzeuge. Mit circa 350.000 Fahrzeugen in 12 europäischen Ländern und über 1,5 Millionen weltweit ist ASL global präsent. Weitere Informationen finden Sie unter www.asl.com sowie unter www.gefleetservices.com.

Terminhinweis: Difu-Seminar "Stadtplanung in der Bundesrepublik - Quo vadis?"

23. bis 25. März 2009 in Berlin

Zwischen Großprojekten, strategischen Konzepten und Klimaschutz"

Die Anforderungen an die Planungspraxis in den Kommunen ändern sich kontinuierlich und dies in einer immer größeren Geschwindigkeit. Flexible kommunale Strategien, veränderte Kompetenzen sowie neue Organisationsformen in Städten, Gemeinden und Regionen führen zu Neujustierungen in Politik und Verwaltung.

Notwendig werden Anpassungsstrategien auf der einen Seite und neue Aufgabenfelder, Strategieentwicklung und auch Visionen auf der anderen Seite. Stadt als attraktiver Ort gewinnt zugleich Anziehungskraft. Stadt zu planen und zu entwickeln bei sich stark ausdifferenzierenden Rahmenbedingungen, erfordert neue Ansätze und Ideen bei gleichzeitig geringer werdenden Gestaltungsspielräumen.

Zwei Aspekte erscheinen besonders wichtig:

+++ Wer plant und steuert Städte und Gemeinden, wer realisiert Projekte? Und was bedeutet dies für die kommunale Planungshoheit, wenn bestimmte Akteursgruppen im Städtebau (etwa die Immobilien- und Projektentwickler, aber auch Banken, Wohnungsgesellschaften, Global Player der Industrie und Wirtschaft) mehr an Macht zur Durchsetzung von Einzelentscheidungen gewinnen?

+++ Von welchen Rahmenbedingungen kann ausgegangen werden? Können noch tragfähige Prognosen gestellt werden? Wie ist die *Halbwertzeit“ von Planungen zu beurteilen?

Gefordert sind neue Lösungsansätze, die eine dauerhafte Balance von kurzfristig zu bewältigenden Anforderungen und der notwendigen Beachtung langfristiger Entwicklungen ermöglichen.

In der Veranstaltung soll eine aktuelle Standortbestimmung der Planungslandschaft vorgenommen und mit Vertretern und Vertreterinnen aus Wissenschaft und Praxis sowie den relevanten Akteuren der Stadtplanungslandschaft diskutiert werden.

Zielgruppen:

Führungs- und Fachkräfte aus den kommunalen Bereichen Stadt-, Landschafts- und Umweltentwicklung, Stadtplanung, Stadterneuerung und -umbau, Stadtsanierung; Landesministerien; Aufsichts- und sonstigen Fachbehörden; Ratsfraktionen, Planungsbüros, Sanierungsträger sowie Immobilien- und Projektentwicklungsgesellschaften; Landesentwicklungsgesellschaften

Leitung:

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann (Difu), Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber (ISR)

Detailliertes Seminarprogramm/Information über Teilnahmegebühren und Anmeldemöglichkeiten:

http://www.difu.de/seminare/09quovadis.programm.pdf

Veranstalter:

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH (Difu)

Tagungsort:

Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

KENNWORT: HAKO-CITYTRAC 4200 DA

ENTSORGA-ENTECO 2009 Rohstoffwirtschaft im Fokus

„Rohstoffwirtschaft der Zukunft“ ist eines der Themen der Entsorga-Enteco - der internationalen Fachmesse für Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnik – vom **27. bis 30. Oktober 2009** in Köln.

Zu Recht. Denn die Kreislaufwirtschaft hat sich längst zu einem unentbehrlichen Lieferanten von Sekundär-Rohstoffen für die produzierende Wirtschaft entwickelt.

Mehr als zwei Drittel der Siedlungsabfälle wiederverwertet, dazu vier Fünftel aller Bau- und Abbruchabfälle, hierdurch Importe von Primär-Rohstoffen im Wert von fast vier Milliarden Euro ersetzt, bis zu 90 Prozent Energie bei der Erzeugung neuer Produkte gespart und die CO_2-Emissionen um 46 Mio. Tonnen vermindert. Diese Bilanz am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht eindrucksvoll: Die heutige Abfall- und Kreislaufwirtschaft versorgt die Wirtschaft mit wertvollen Sekundär-Rohstoffen, schont so knappe Primär-Ressourcen und ist zugleich gut fürs Klima.

Dabei nimmt die Bundesrepublik europaweit eine Spitzenposition ein. Die durchschnittliche Recycling-Quote aller 27 EU-Mitgliedsstaaten liegt derzeit nur bei rund 36 Prozent. Die Europäische Umweltagentur (Kopenhagen) erwartet jedoch, dass bis 2020 EU-weit über zwei Drittel der Siedlungsabfälle stofflich oder thermisch verwertet werden. Hauptantrieb für diese Entwicklung waren in den letzten Jahren weniger gesetzliche Vorgaben. Maßgeblich waren eher drastische Preissteigerungen auf den Weltmärkten für primäre Rohstoffe – ausgelöst durch die wachsende Nachfrage aufstrebender Volkswirtschaften wie China und Indien. Dies machte sowohl die Bereitstellung als auch den Einsatz von Sekundär-Material wirtschaftlich immer interessanter.

2008/2009 machen die Sekundärrohstoff-Märkte sicher vorübergehend eine schwierige Phase durch - verursacht durch eine globale Finanzkrise, die die Weltwirtschaft spürbar in Mitleidenschaft zieht. Drastische Rückgänge bei der Nachfrage nach primären wie sekundären Rohstoffen haben bereits zu teils dramatischen Preiseinbrüchen auf den Weltmärkten geführt. Dennoch, wie tiefgreifend die Konjunktur-Krise auch ausfällt: Dass sie bewältigt wird, ist mehr als wahrscheinlich. Denn der Hunger nach Wohlstand und den hierfür benötigten Rohstoffen ist lange noch nicht gestillt - nicht bei den gestandenen Industrieländern und erst recht nicht bei den aufstrebenden Wirtschaftsnationen.

Endgültig abgewürgt werden kann dieser Antrieb nur, wenn ihm der physische Treibstoff, die Rohstoffe, ausgeht. Bei einigen seltenen Metallen und Mineralien könnte es allerdings schon bald knapp werden, befürchtet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Das betrifft etwa Molybdän, Zirkon, Tantal, Platin oder auch Kobalt, Palladium und Mangan - alles Grundstoffe, die für die Erzeugung von Hightech-Produkten wie Edelstahl, medizinische Geräte, Handys oder Computer unverzichtbar sind. Aber auch bei massenhaft benötigten Metallen wie Blei, Zink, Cadmium oder Nickel reichen die weltweiten Vorkommen voraussichtlich nur noch 20, 22, 34 oder 44 Jahre. Hinzu kommt, dass viele wichtige Stoffe nur in wenigen Ländern vorkommen.

Nicht von ungefähr hat daher die Europäische Kommission Anfang November eine neue Initiative zur Sicherung der Rohstoff-Versorgung in der EU vorgeschlagen.

Neben fairen Handelsbedingungen auf den Weltmärkten und einer besseren Nutzung von Rohstoffen aus europäischen Quellen ist ihr drittes Strategie-Ziel, die Ressourceneffizienz und das Material-Recycling in den europäischen Volkswirtschaften nachhaltig zu steigern. Damit wächst der Sekundär-Rohstoffwirtschaft zusehends eine strategische Rolle zu.

In Zukunft wird sie auch auf bereits geschlossene Deponien als Rohstoff-Quelle zurückgreifen. Allein in Deutschland lagern hier geschätzte 32 Mio. Tonnen Eisen- und NE-Metalle sowie 70.000 Tonnen Zink. Darüber hinaus schlummern im Wohnbestand deutscher Städte und Gemeinden rund 10 Mrd. Tonnen mineralische Baustoffe, 220 Mio. Tonnen Holz und 100 Mio. Tonnen Metalle, die bei Rückbau oder Abbruch als Rohstoffe zur Verfügung stünden.

Allerdings sind die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen auf den Märkten für primäre Rohstoffe nicht allein verantwortlich dafür, dass Abfälle vermehrt als Rohstoff- und Energiequelle angezapft werden. Auch die gesetzlichen Vorgaben der EU zielen in diese Richtung. Hierfür steht nicht zuletzt die europäische Deponierichtlinie, wonach ab 2016 jedes Land nur noch 35 Prozent seiner biologisch abbaubaren Abfälle ablagern darf. Die Mitte 2008 verabschiedete neue Abfallrahmenrichtlinie schreibt zudem erstmals konkrete Recyclingquoten vor, die bis 2020 erfüllt werden müssen: mindestens 50 Prozent für Papier, Glas, Metall und Kunststoffe aus Haushalten sowie 70 Prozent für Bau- und Abbruchabfälle.

Darüber hinaus wurden zwei ‚Thematische Strategien‘ verabschiedet: einerseits für ‚Abfallvermeidung und -recycling‘ sowie andererseits für die ‚nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen‘. Haupt-Ziele: mehr Ökoeffizienz bei der Ressourcennutzung und nachhaltige Produktions- und Konsummuster. Das technologische Niveau, das für die Erfüllung der quantitativen wie qualitativen Anforderungen benötigt wird, die von Seiten des Gesetzgebers sowie der Wirtschaft an Sekundär-Rohstoffe gestellt werden, hat inzwischen Hightech-Format erreicht. Daher gehören Anlagen und Verfahren der Kreislaufwirtschaft zu den Hoffnungsträgern unter den Umwelttechnologien. Laut Umweltwirtschaftsbericht des Bundesumweltministeriums (BMU) vom Januar 2009 hatte der Weltmarkt für Anlagen der Abfall- und Recyclingwirtschaft ein Volumen von rund 30 Mrd. Euro. Knapp ein Viertel davon entfällt auf deutsche Anbieter.

Bis 2020 wird der Weltmarkt für diese Technologien teilweise in

zweistelligen Jahresraten voraussichtlich auf 46 Mrd. Euro anwachsen. Hierzu gehören Techniken zum Erfassen, Sortieren und Zerkleinern von Abfällen ebenso wie innovative Verfahren zur automatisierten Stofferkennung und Trennung sowie beispielsweise Techniken zur Kompostierung, energetischen Verwertung und umweltgerechten Deponierung.

Klima- und Ressourcenschutz, im Rahmen dieses Trendthemas ist auf der Entsorga-Enteco 2009 - Internationale Fachmesse für Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnik - **vom 27. bis 30. Oktober 2009** auf dem Kölner Messergelände das umfassende Angebot an innovativen Recycling-Technologien und Dienstleistungen zu sehen, das derzeit auf dem Weltmarkt verfügbar ist - ergänzt durch ein kompetentes fachliches Rahmenprogramm.

Weitere Informationen unter: www.entsorga-enteco.de

Bürokratieabbau: Bund und Kommunen vereinbaren stärkere Zusammenarbeit

Staatsminister Hermann Gröhe MdB hat sich am 18. Februar 2009, mit den Spitzen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes über die Ausweitung der Zusammenarbeit beim Bürokratieabbau ausgetauscht.

Die Beteiligten werden die gute Zusammenarbeit weiter vertiefen und hierzu vor allem die Möglichkeiten einer stärkeren Verschränkung zwischen den Bürokratieabbauprojekten prüfen. So wollen die Spitzenverbände weitere Arbeitsbereiche der Kommunen benennen, in denen Rechtsgrundlagen und Arbeitsabläufe überprüft werden sollen, um sie weiter zu vereinfachen. Zwei am 11. Februar 2009 gestartete Pilotprojekte "Einfacher zum Elterngeld" und "Einfacher zum Wohngeld" sind hierfür gute Beispiele.

Staatsminister Gröhe als Koordinator der Bundesregierung für das Programm Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung sagte: "Die kommunalen Spitzenverbände sind bereits jetzt wichtige Partner beim Bürokratieabbau der Bundesregierung. Die weitere Einbeziehung in den Prozess hilft dabei, eine größtmögliche spürbare Entlastung von Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürgern sowie Verwaltung zu erreichen."

Die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) erklärten:

"Die kommunalen Spitzenverbände sind zuversichtlich, dass es in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und dem Nationalen Normenkontrollrat gelingen kann, gesetzliche Regelungen und Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. Ziel ist es dabei, unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso wie unsere Verwaltung von überflüssiger Bürokratie zu entlasten."

Bereits seit Beginn des Bundesprogramms Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung stehen Bund, Länder und Kommunen im engen Kontakt. Kommunen sind in doppelter Hinsicht von Informationspflichten des Bundes betroffen: sie müssen solche Pflichten selbst erfüllen - zum Beispiel in der Meldung bestimmter Statistiken - und sind zugleich diejenigen, die Vorschriften des Bundes umsetzen: zum Beispiel beim Ausstellen eines Reisepasses oder bei der Berechnung von Sozialleistungen. Sie stehen im engsten Kontakt mit Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern und wissen, wie aufwändig einzelne Pflichten sein können.

Die drei kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund vertreten öffentliche Anliegen. Ihre unmittelbaren und mittelbaren Mitglieder sind wie Bund und Länder Gebietskörperschaften, deren Organe für ihr Gebiet eine politische Gesamtverantwortung tragen. Im föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland bilden die Städte, Landkreise und Gemeinden die dritte Ebene öffentlicher Verwaltungen.

Der Deutsche Städtetag vertritt die Interessen von 115 der 116 kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte. In ihm haben sich mehr als 4.400 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen. Dem Deutschen Landkreistag gehören mittelbar alle 301 Landkreise an. Die Mitgliedsverbände des Deutschen Städte- und Gemeindebundes repräsentieren über 12.500 Städte und Gemeinden in Deutschland.

Hintergrund des Programms

Die Bundesregierung hat sich mit ihrem Programm Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung das Ziel gesetzt, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung spürbar von Bürokratiekosten zu entlasten, die aus bundesrechtlichen Informationspflichten resultieren. Der Nationale Normenkontrollrat unterstützt die Bundesregierung bei diesem Vorhaben.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesregierung.de/buerokratieabbau

Konjunktur: Bei Großaufträgen kann bereits jetzt schnelle Vergabe erfolgen

Konjunkturhilfe

Die Bundesregierung hat sich mit ihrem Konjunkturpaket 2 zu einer Lockerung des Vergaberechts durchgerungen. Das Ziel, Investitionen zu beschleunigen und so die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern, ist jedoch nicht ganz so schnell zu erreichen, wie es wünschenswert wäre.

"In der Praxis bringen die Lockerungen des Konjunkturpaketes erst einmal nicht viel", erläutert Rechtsanwältin Aline Fritz von FPS Fritze Paul Seelig in Frankfurt. Die Vergaberechtlerin verweist darauf, dass die Erleichterungen zunächst nur für die Vergaben des Bundes gelten.
"Und dann dürfte es wohl erst noch einen Durchführungserlass des jeweils zuständigen Ministeriums geben, bevor auf die neuen Wertgrenzen zurückgegriffen werden kann."

Das Konjunkturpaket 2 legt fest, dass befristet auf zwei Jahre freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen - also Ausschreibungen unterhalb der EU-Schwellenwerte - bis zu bestimmten Auftragswerten generell zulässig sein sollen. Danach wäre im Baubereich eine freihändige Vergabe bis zu einem Auftragswert von 100.000 und eine beschränkte Ausschreibung bis zu einem Auftragswert von 1 Mill. ohne den sonst nötigen Nachweis eines Ausnahmetatbestandes zulässig.

Im Dienst- und Lieferbereich wären sowohl freihändige Vergaben als auch beschränkte Ausschreibungen bis zu einem Auftragswert von 100.000 möglich. In diesen Fällen soll auf eine Bekanntmachung des jeweiligen Auftrags gänzlich verzichtet werden können, d.h. dass die Beschaffungsstellen die Unternehmen frei wählen können. Es bedarf also keines sogenannten Teilnahmewettbewerbs. "Völlig unberührt von diesen Lockerungen bleibt die große Zahl von öffentlichen Aufträgen auf kommunaler Ebene", erläutert Fritz, "gerade diese wären jedoch besonders wichtig, um die Konjunktur zu beleben." Aufgrund des föderalen Systems seien Länder und Kommunen allerdings alleine zuständig, um im Bereich unterhalb des EU-Vergaberechts Regelungen zu schaffen. Da werde sicher etwas passieren, die Frage sei nur, wann.

"Für die Beschleunigung von Vergabeverfahren oberhalb der EU-Schwellenwerte kommt derzeit vor allem einer Mitteilung der EU-Kommission vom 19. Dezember 2008 Bedeutung zu", betont die Vergaberechtlerin, "denn diese hält wegen des Ausnahmecharakters der aktuellen Wirtschaftslage den Rückgriff auf das beschleunigte Nicht-Offene Vergabeverfahren für gerechtfertigt." Die Dringlichkeit, rasch umfangreiche öffentliche Aufträge durchzuführen, dürfte grundsätzlich zur Rechtfertigung einer Fristverkürzung führen. Damit ließe sich die Verfahrensdauer des Nicht-Offenen Verfahrens insgesamt von 87 Tagen auf bis zu 30 Tage verkürzen, so die EU-Kommission.

Insbesondere weist Fritz darauf hin, dass die EU-Kommission in den Dringlichkeitsfällen nicht nur eine Fristverkürzung für angebracht hält: "Wegen der Dringlichkeit kommt auch schon bei der Wahl der Verfahrensart grundsätzlich das Nicht-Offene Verfahren in Betracht." Die Bundesregierung habe die Ministerien bereits im Rahmen des Konjunkturpakets unter Hinweis auf diese Mitteilung der EU-Kommission gebeten, diesen Sachverhalt gegenüber den Beschaffungsstellen klarzustellen. Dasselbe müsste schnellstmöglich auf Landes- und Gemeindeebene erfolgen, damit Beschaffer auf allen Ebenen zügig tätig werden könnten.

Heimisches Biogas macht unabhängiger von Erdgasimporten!

Mit dem novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) das seit dem 1. Januar 2009 in Kraft ist, hat die Bundesregierung die Weichen gestellt, um das Bioenergie-Potential auszuschöpfen. Die finanzielle Förderung von regenerativ erzeugtem Strom als wichtigstes Instrument ist mit einem sich reduzierendem Prozentsatz über 20 Jahre garantiert!

Das EEG ermöglicht nun die bundesweite Stromerzeugung mit Biogas. Aufbereitetes Biogas kann als Bioerdgas ins Gasnetz eingespeist und an einer anderen Stelle des Gasnetzes zur Stromerzeugung virtuell wieder entnommen werden. Das gasbetriebene Blockheizkraftwerk (BHKW) kann an der Stelle errichtet werden, wo die Wärme dringend benötigt und optimal genutzt wird. Der eingespeiste Strom ist somit nach dem EEG förderfähig.

Entscheidend ist, dass das Biogas durch Aufbereitung eine entsprechende Qualität aufweist, die Energieversorger es mit in ihr Angebot aufnehmen und der rechtliche Rahmen abgesichert ist. Dann könnte virtuelles Bio-

erdgas überall bezogen werden - auch in Großstädten wie z.B. seit diesem Jahr auch in Hamburg.

In Deutschland werden momentan nach Angaben des Fachverbandes Biogas rund 2,7 Mrd. Kubikmeter Biomethan produziert, dies sind rund 3% des deutschen Erdgasbedarfs von 84 Mrd. Kubikmeter. Bis 2020 soll der Bioerdgasanteil auf 6 Mrd. Kubikmeter ausgebaut werden.

Der Vorteil des Biomethans und Biogases liegt darin, dass es über das ganze Jahr erzeugt werden kann, da Mist, Gülle und auch Lebensmittelabfälle über das ganze Jahr anfallen und große Silos die Biomasse der Felderbewirtschaftung aufnehmen können.

Mit der Direkteinspeisung von Biomasse ist Deutschland mit gerade mal 13 Anlagen, die rund 48 Mio. cbm Bioerdgas ins Netz einspeisen, kein Vorreiter am europäischen Markt, aber 16 weitere Bioerdgasanlagen sind geplant oder bereits im Bau. Auch Branchengrößen wie E.on und RWE haben das Potential für sich entdeckt. Schon wird es schwierig freie Biogaskapazitäten für die Stromproduktion in Kraftwärmekopplung zu bekommen. Dabei ist das Potenzial an Biomasse enorm.

Alternative Heizkonzepte liegen gerade bei langfristig immer höher steigenden Energiepreisen voll im Trend und tragen wesentlich zum Klimaschutz bei. Zudem legt das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) des Bundes seit Jahresanfang fest, dass bei Neubauten ein Teil der für die Raumheizung und Warmwasserbereitung benötigten Energie aus erneuerbaren Energien kommen muss - allein bei der Umsetzung gilt es oft Hürden zu nehmen, die nur Fachleuten bewältigen können.

Hier ist Contracting der einfachste Realisierungsweg. Contractingunternehmen sind darauf spezialisiert, die Energieversorgung von Gebäuden effektiv zu planen und umzusetzen. Contractoren haben neben dem technischen auch das betriebwirtschaftliche und rechtliche Fachwissen, um auch komplexe Projekte optimal realisieren zu können. Der Verband für Wärmelieferung e.V. (VfW) mit seinen mehr als 200 Contractoren verzeichnet eine verstärkte Nachfrage und ein stetiges Wachstum auch im Bereich Biomassenutzung. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des VfW Birgit Arnold bestätigt: „Insbesondere öffentliche Einrichtungen, Industrie und Immobilienwirtschaft finden bei der Suche nach Versorgungskonzepten mit alternativ Energien in Contracting die beste Lösung.“ Der VfW hat es sich zum Ziel gemacht, die Realisierung von energieeffizientem Contracting gerade auch mit erneuerbaren Energien nach der inzwischen bundesweiten Einführung weiter zu fördern. Für die Umsetzung von Contracting-Projekten bietet die Internetseite www.energiecontracting.de des Verbandes für Wärmelieferung e.V. umfangreiche Informationen, Materialien und Tools.

Fachmesse improve!2009

Fachmesse improve!2009 präsentiert erstmals wachsendes internationales Angebot für innovative Produkte und Dienstleistungen Hochschulen gehen auf Einkaufstour Bonn.

Wenn am 18. und 19. November die Fachmesse „improve!2009 – European Trade Fair for Higher Education“ in der Koelnmesse ihre Pforten öffnet, wird das Publikum ein ganz Besonderes sein:

Entscheider aus dem gesamten Hochschulbereich, aus Verwaltung, Lehre und Forschung sind auf der Suche nach neuen Produkten und Dienstleistungen, mit denen sie den Hochschulbetrieb effizienter und moderner gestalten können. „Die improve!2009 wird den Entscheidern aus dem Hochschulbereich einen hochaktuellen und umfassenden Einblick sowohl in das innovative Angebot in Deutschland als auch im gesamten Bologna-Raum geben“, fasst Britta Krahn, Geschäftsführerin von UNIVERSITY PARTNERS INTERCHANGE GMBH, dem Veranstalter der improve!2009, das Konzept der neuen Fachmesse zusammen.

Die Hochschulen gehen auf Einkaufstour und sie bringen gut gefüllte Etats mit: „Zwischen 30 und 40 Milliarden Euro jährlich werden in Europa für neue Produkte und Dienstleistungen ausgegeben“, schätzt UNIVERSITY PARTNERS-Geschäftsführer Dr. Christian Rietz. Der Markt für gefragte innovative Software-, Hardware- und IT-Lösungen, aber auch für Beratungsunternehmen im Hochschulbereich wächst. Hintergrund ist die steigende Autonomie der Hochschulen bei langfristig sinkenden öffentlichen Zuwendungen. Umdenken ist gefragt: „Strategie statt Bürokratie lautet die Überschrift für den wachsenden Markt“, so Rietz. „Die Hochschulen tragen mehr Verantwortung für ihre Entwicklung, müssen sich selbst organisieren. Sie müssen heute Entscheidungen treffen, die auch morgen noch rentabel sind.“ Das gilt für alle Bereiche der Hochschule, von der Einschreibung über e-Learning und Prüfungsverwaltung bis hin zur Alumni-Bindung und Hochschulmarketing oder Drittmitteleinwerbung.

Die Nachfrage nach neuen Konzepten und Produkten für Lehre, Forschung und vor allem die Administration ist groß, und entsprechende Neuerungen rechnen sich für die Universitäten: „Um ein ganz einfaches Beispiel zu nennen: Allein durch ein modernes Gebäudemanagement lassen sich problemlos Effizienzsteigerungen im zweistelligen Bereich erzielen“, erklärt UNIVERSITY ARTNERS-Geschäftsführerin Britta Krahn.

Aussteller der improve!2009 haben die Möglichkeit, im Rahmen des begleitenden Kongressprogramms ihre Themen in einem eigenen Forum zu präsentieren.

Der Frühbucherrabatt für Aussteller endet am 31. Januar 2009.

Einfacher zu Wohngeld und Elterngeld:

Kanzleramt und Normenkontrollrat geben Startschuss zu Pilotprojekten

Einfacher zum Wohngeld und zum Elterngeld - mit diesen Zielen starten heute zwei Pilotprojekte zum Bürokratieabbau in ausgewählten Bundesländern und Kommunen. Hierzu trafen sich Vertreter von Gemeinden, Landkreisen, Bundesländern und Bundesministerien heute mit Staatsminister Hermann Gröhe und Wolf-Michael Catenhusen, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats.

Staatsminister Hermann Gröhe, Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, sagte anlässlich der Auftaktveranstaltung:

"Auch Bürgerinnen, Bürger und Verwaltung profitieren vom Bürokratieabbau: Wer einen Antrag stellt, möchte eine Leistung - möglichst unkompliziert und schnell. Und wer den Antrag bearbeitet, braucht dafür alle erforderlichen Informationen. Diese Verfahren wollen wir untersuchen und verbessern. Ich bin sicher, dass das Standardkosten-Modell, das wir für die Wirtschaft angewandt haben, sich auch bei dieser Untersuchung bewährt."

Bundesregierung, Normenkontrollrat und Experten aus Ländern und Kommunen untersuchen an den Beispielen Elterngeld und Wohngeld gemeinsam, welche Belastungen die Antragsverfahren sowohl bei Bürgerinnen und Bürgern als auch bei der jeweiligen Behörde verursachen und wie sie verringert werden können. Das Statistische Bundesamt wird die bürokratischen Belastungen ermitteln.

Die gewonnenen Erkenntnisse können den Beteiligten Hinweise liefern, wo das Serviceangebot verbessert, das zugrunde liegende Recht vereinfacht und die Verfahren beschleunigt werden können: zum Beispiel durch vermehrten Einsatz von Online-Verfahren oder Verzicht auf umfangreiche Nachweise.

"Für den Normenkontrollrat bieten die Projekte die einmalige Chance, ebenenübergreifend alle Verantwortlichen an einen Tisch zu bekommen, um auf freiwilliger Basis nach bestmöglichen Lösungen zu suchen. Eine Vorgehensweise, die sich sicherlich auch in anderen Bereichen anbietet", betont Wolf-Michael Catenhusen als stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats. An den Projekten beteiligen sich Städte und Landkreise aus Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und die entsprechenden Landesverwaltungen. Die Projektergebnisse werden im Sommer 2009 vorgelegt.

Hintergrund zu den Projekten:

In Deutschland werden jährlich rund 1,1 Mio. Erst-, Wiederholungs- und Änderungsanträge auf Wohngeld und rund 750.000 Anträge auf Elterngeld gestellt. Bei den Pilotprojekten wird der Gesamtprozess von der Antragsstellung bis zur Bewilligung unter Berücksichtigung der bundesrechtlichen Vorgaben untersucht. Dabei spielen auch Überschneidungen mit anderen Leistungen eine Rolle, so zum Beispiel der Zusammenhang zwischen Elterngeld und der Beantragung und Zahlung von Kindergeld.

Die Pilotprojekte bestehen aus folgenden Schritten:

- Feststellen der bestehenden Prozessabläufe (Gesetzgebung, Vollzugsverwaltung, Antragssteller).

- Durchführung der Messungen nach dem Standardkosten-Modell in ausgewählten Kommunen (Antragsverfahren einschließlich des korrespondierenden Verwaltungsaufwands)

- Rückkopplung der Erfahrungen der Kommunen und Länder mit den bundesrechtlichen Vorgaben unter Berücksichtigung bereits bestehender Vorschläge (alte und neue Rechtslage).

- Identifizierung von Vereinfachungsmaßnahmen und Serviceverbesserungen im Verwaltungsvollzug unter Berücksichtigung bereits bestehender best practice Beispiele (z.B. bei Online-Verfahren).

- Abschätzung und Bewertung der durch die Vereinfachungsmaßnahmen (Gesetzgebung, Vollzug, Serviceangebote) erwarteten Entlastungseffekte.

- Umsetzung von Vereinfachungsvorschlägen durch Vollzugsänderung oder neue Serviceangebote (z.B. Einführung von IT-Verfahren, Vereinheitlichung von Antragsformularen)

Hintergrund des Programms

Die Bundesregierung hat sich mit ihrem Programm "Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung" das Ziel gesetzt, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung spürbar von Bürokratiekosten zu entlasten, die aus bundesrechtlichen Informationspflichten resultieren. Der Nationale Normenkontrollrat unterstützt die Bundesregierung bei diesem Vorhaben.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesregierung.de/buerokratieabbau www.normenkontrollrat.de

CSS Flash
www
XHTML
PHP CMS
URL
SQL W3C
Web 2.0

Sie müssen nicht alles Verstehen!

Sie brauchen nur jemanden der sich damit auskennt.

Abkürzungen gibt es für jede Technologie im Internet, aber was genau dahinter steht erschließt sich den meisten Unternehmern nicht. Das ist auch gar nicht notwendig, solange Sie einen Partner haben, der mit der gängigen Technologien vertraut ist. Wir produzieren Internet-Inhalte die auf Ihre individuellen Bedürfnisse angepasst sind. - Erfahren Sie mehr über uns unter **www.k-pc.de**.

K-PC.de

Kasulke-ProjektConsulting
Karsten Soll
Kahden 17 c
22393 Hamburg
Tel.: 040 / 500 198 65
Fax: 040 / 513 281 37

EVB Energie AG und DIEHL Energy Solutions stellen Gemeinschaftsstudie vor

Der Markt der Energieversorger (EVU) ist weiterhin massiv in Bewegung. So fordern nicht nur die Änderung des Energiewirtschaftgesetzes (EnWG) und die Einführung der Messzugangverordnung (MessZV) die Unternehmen auf, sich neu zu positionieren.

Auch der Wettbewerb wird zunehmend härter. Gerade kleine und mittlere EVU werden wohl mit Ergebnisverlusten rechnen müssen. Gefragt sind neue Dienstleistungen, um diese Verluste zu kompensieren. Welche Herausforderungen genau Markt und Regulierung an die EVU stellen, damit hat sich nun eine Studie beschäftigt. "Handlungsempfehlungen für einen wirtschaftlichen Messstellenbetrieb", eine Gemeinschaftsarbeit von der EVB Energie AG und DIEHL Energy Solutions, wirft einen Blick in die nahe Zukunft der EVU und beschreibt die langfristige Marktentwicklung zu einem voll entwickelten Smart Metering.

Ein Ergebnis zeigt die Studie dabei ganz deutlich: die EVU müssen heute und nicht morgen handeln. Und den kleineren und mittleren EVU ist es wirtschaftlich mehr als angeraten, für die Umsetzung ihrer gesetzlichen Aufgaben kompetente Partner im Bereich Messstellenbetrieb und Messdienstleistung zu engagieren.

Wohl kaum ein Markt ist derzeit so von Regulierung getrieben wie der der EVU. Die Netzbetreiber sind gefordert, die gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben zu erfüllen. Das seit September letzten Jahres geltende EnWG sieht unter anderem bis zum 1. Januar 2010 die Einführung intelligenter Zähler (Smart Meter) vor. Die Zeit drängt, denn ab 1. April 2010, also in gut einem Jahr, müssen die betroffenen Marktakteure ihre Prozesse und IT-Landschaften so angepasst haben, dass elektronischer Datenaustausch in einem einheitlichen Format möglich ist. Ab spätestens 30. Dezember 2010 sollen dann lastvariable oder tageszeitabhängige Tarife verbindlich eingeführt sein. Hinzu kommen die Änderungen der MessZV, die das Zähl- und Messwesen der leitungsgebundenen Energieversorgung vollständig für den Wettbewerb geöffnet haben.

Die Studie stellt zunächst deutlich klar, dass für die Umsetzung der Anforderungen technische Lösungen implementiert werden müssen, die funktionieren. Diese Smart Meter stehen dem Markt bereits heute zur Verfügung. Mittelfristig werde, so die Studie weiter, der Netzbetrieb keine aktive Rolle in Messstellenbetrieb und Messung mehr einnehmen.

Die Leistung des Messdienstleisters sei dann optimiertes Datenmanagement. Ein weiteres großes Thema werde die sogenannte Home Automation einnehmen - der Energieverbrauch werde an den Börsenstrompreis gekoppelt sein, und genau hierfür stellten Smart Meter ein realisierbares Instrument. Auch prognostiziert die Studie, dass es mittelfristig nur noch wenige Anbieter für Messdienstleistungen geben wird, da das Geschäft nur mit Größen und Skalen wirtschaftlich zu betreiben sei. Zudem bedürfe es dafür umfassender Kompetenzen, vor allem in der IT. Und was kostet dies? Gesetzlich anerkannt werden nur die effizienten Kosten - und die bestimmen sich durch den Best Practice im Markt.

Die Studie nennt Zahlen: die Betriebskosten pro Zähler und Jahr werden durchschnittlich rund 46 Euro betragen - weniger als ein Drittel davon übernimmt die Bundesnetzagentur (BNetzA), deren Entgelt für Messstellenbetrieb/Messung sich auf 14,20 Euro pro Zähler und Jahr beziffert. Nach Einschätzung der Studie wird diese Entgeltobergrenze nicht angepasst werden. Wie also lässt sich, vor allem für kleine und mittlere EVU, der Messstellenbetrieb wirtschaftlich betreiben?

Die Studie macht klar, dass es für kleine und mittlere EVU die effizienteste Lösung sei, einen Dienstleister mit umfassendem Leistungsspektrum zu beauftragen - für das wirtschaftliche Outsourcing einer Tochter oder für eine Kooperation mit anderen EVU müsse eine gewisse Mindestgröße erreicht werden. Auch sollte der Betrieb von Messstellen nicht durch den Betreiber des Netzes erfolgen, da dieser in einem regulierten Markt agiere und deshalb nicht gleichzeitig sinnvoll Produkte in einem Wettbewerbsumfeld anbieten könne.

Da sich der Leistungsverkauf (Wasser, Gas, Strom) vom Netz löse, sollten der Messstellenbetrieb und die entsprechenden Ablesungen von den Aufgaben Netzbetrieb und Leistungsverkauf getrennt erfolgen. Die Beauftragung des Dienstleisters, so die Studie weiter, sollte die Beschaffung von Hard- und Software sowie die Implementierung und der Betrieb der Messeinrichtungen umfassen, "sonst entstehen dem Netzbetreiber unnötige Risiken." Auch wird empfohlen, einen Multi-Utility-Ansatz zu praktizieren, so könnten größere Prozesseffizienz-Vorteile generiert werden als mit einzelnen Sparten. Zuletzt gibt die Studie auch noch eine Empfehlung, den Rollout betreffend. Für eine effiziente Umsetzung auch einer gesetzeskonformen Mindestlösung sei eine flächendeckende Einführung unter den Kunden sinnvoll, damit nicht zu hohe Prozesskosten beim Zählereinbau und durch die doppelte Prozessführung entstünden. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, rechnet sich der Messstellenbetrieb mit elektronischen Zählern, so die Studie. "Die Deckungsbeiträge können die Kosten übersteigen. Ein potenzielles Ergebnis von zirka 20 Euro pro Jahr und Zähler kann an die Kunden weitergegeben werden."

Was die Kosten für Investition und Implementierung elektronischer Zähler betrifft, kommt die Studie ebenfalls zu einem klaren Ergebnis: "EVU müssen mit einer Mindestinvestition von rund 45.000 Euro rechnen, unabhängig von der Anzahl elektronischer Zähler, die verbaut wurde."

Die Studie "Handlungsempfehlungen für einen wirtschaftlichen Messstellenbetrieb" wurde von der Beratungsgesellschaft LBD, Berlin, im Auftrag der EVB und DIEHL Energy Solutions erstellt. Die detaillierten Studienergebnisse werden auch auf der DIEHL/EVB-Fachtagung am 25. März 2009 in Wiesbaden präsentiert. Anmeldung und weitere Informationen zur Fachtagung sind unter www.evb.net zu finden.

Power Plant Technology 2009 - Mit Optimismus und neuer Hochtechnologie

Die Unternehmen im Bereich Kraftwerksbau blicken trotz der wirtschaftlich angespannten Lage positiv ins neue Jahr. Denn angesichts der steigenden Nachfrage nach Energie und dem weltweiten Bedarf an Ersatzinvestitionen sind die Auftragsbücher weiterhin gut gefüllt.

Entsprechend energiegeladen werden sich die Aussteller auf der diesjährigen Power Plant Technology präsentieren. Die internationale Leitmesse für Kraftwerksplanung, -bau, -betrieb und -instandhaltung, die auf der HANNOVER MESSE 2009 vom 20. bis 24. April stattfindet, stellt Hochtechnologielösungen im Kraftwerksbau vor und wird nach der erfolgreichen Premiere im vergangenen Jahr weiter ausgebaut.

"Wir rechnen dieses Jahr wieder mit einem sehr positiven Veranstaltungsverlauf. Auch wenn sich derzeit ein schwieriges wirtschaftliches Umfeld abzeichnet, sehen die Unternehmen im Bereich Kraftwerksbau optimistisch in die Zukunft", so Thorsten Herdan, Geschäftsführer des Fachverbandes Power Systems im VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.).

Im Fokus der Aussteller auf der Power Plant Technology stehen neueste Technologien und Konzepte zur Steigerung der Wirkungsgrade von Kraftwerken bei gleichzeitiger CO_2-Reduzierung. Von GE über Siemens bis hin zu Alstom nutzen namhafte Aussteller die Leitmesse als Plattform, um ihre Innovationen für eine nachhaltige und umweltschonende Energieerzeugung zu präsentieren und ein hochrangiges internationales Fachpublikum zu erreichen. Annette Titzmann, Leiterin Marketing-Kommunikation der Alstom Deutschland AG: "Dass umweltfreundliche Energieerzeugung auch auf Basis fossiler Brennstoffe möglich ist, ist eine der wichtigsten Botschaften von Alstom beim Messeauftritt in Hannover. Das Thema CO_2-Abscheidung nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Wir freuen uns auf viele interessierte Besucher, denen wir Alstom als 'Komplett-Anbieter der Energieerzeugung' mit seinen innovativen Technologien vorstellen dürfen."

Ergänzt wird das Ausstellungsprogramm durch das fünftägige Anwenderforum Power Plant Technology, auf dem die aktuellen Entwicklungen der Kraftwerkstechnik praxisnah diskutiert werden. Die Vorträge behandeln nicht nur die technologischen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die konventionelle Energieerzeugung, sondern geben auch einen detaillierten Einblick, welchen Beitrag hochinnovative Kraftwerkstechnologie für den Klimaschutz leistet.

Organisiert wird das Forum von den Verbänden VDMA, VGB PowerTech (Europäischer Fachverband für Strom- und Wärmeerzeugung), ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie), FDBR (Fachverband Dampfkessel-, Behälter- und Rohrleitungsbau) sowie dem Kompetenz-Netzwerk Kraftwerkstechnik NRW.

In direkter Anbindung zum Anwenderforum richten VGB, FDBR und die EnergieAgentur NRW einen Verbände-Gemeinschaftsstand aus, auf dem die den genannten Institutionen angeschlossenen Mitgliedsunterneh-

FORTSETZUNG AUF SEITE 30 →

men ihre Produkte und Services der Kraftwerkstechnik gebündelt präsentieren können. Ein aktuelles Szenario von VGB PowerTech zeigt, dass zum Erreichen der Klimaschutzziele der Europäischen Union rund 400 000 Megawatt an neuer Stromerzeugungskapazität gebaut werden müssten. Der europäische Fachverband für die Strom- und Wärmeerzeugung VGB PowerTech bündelt die gemeinsamen Interessen von Betreibern, Herstellern und Dienstleistern in Fragen von Planung und Errichtung neuer Kraftwerke sowie des Betriebs laufender Anlagen.

Die direkte Nachbarschaft der Power Plant Technology zur neuen Leitmesse Wind macht den Energiemix aus konventionellen und erneuerbaren Energien direkt erleb- und diskutierbar. Mit ihrer Lage in Halle 27 ist die Power Plant Technology außerdem an den WORLD ENERGY DIALOGUE angebunden, der am 21. und 22. April stattfindet. Die Sicherheit in der Energieversorgung steht im Fokus des hochkarätig besetzten internationalen Kongresses unter der Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministers Michael Glos.

Einen ungezwungenen Rahmen zum Erfahrungsaustausch bietet die "Power Plant Party" am Abend des 22. April. Bei Live-Musik und einem gemeinsamen Umtrunk im Ausstellerbereich wird die Netzwerkbildung innerhalb der Kraftwerksbranche gefördert.

WWW.HANNOVERMESSE.DE

Fraunhofer SIT zeigt Anwendungen für den elektronischen Personalausweis

Ziel des elektronischen Personalausweises (ePA) ist es, Internetnutzern mehr Sicherheit und besseren Datenschutz zu bringen.

Die neue eID-Funktion des Ausweises soll Bürgern und Unternehmen aber auch neue Internetanwendungen ermöglichen - etwa online ein Bankkonto zu eröffnen oder im Internet pseudonym einzukaufen. Das Fraunhofer-Institut SIT zeigt diese und weitere Anwendungsmöglichkeiten vom 3. - 8. März in Hannover auf der Computermesse CeBIT in Halle 9 am Stand B36. Gezeigt werden prototypische Szenarien, die auf den aktuellen Spezifikationen basieren. "Mit Hilfe der neuen eID-Funktion lässt sich beispielsweise das Online-Banking besser gegen Phishing-Gefahren schützen. Und mit der PIN-Nummer hat der Nutzer auch immer die Kontrolle, ob überhaupt persönliche Daten übertragen werden", sagt Michael Herfert, der am Fraunhofer-Institut SIT den Forschungsbereich für Transaktions- und Dokumentensicherheit leitet.

Kern des elektronischen Personalausweises sind neue Verfahren zur Verteilung und Überprüfung von kryptografischen Schlüsseln und Zertifikaten. Unternehmen, die den neuen Personalausweis im Internet nutzen wollen, müssen sich zum Beispiel bei den entsprechenden Behörden registrieren. Die Behörden prüfen dann, welche Daten von den Unternehmen aus dem ePA ausgelesen werden dürfen. "Dadurch soll Datensparsamkeit erreicht werden", sagt Herfert.

Der neue Ausweis ermöglicht es auch, Online-Angebote pseudonym zu nutzen. Dabei wird nicht der Name, sondern ein Pseudonym übertragen. Nutzt ein Internetshop zum Beispiel einen Bezahlservice und vertreibt digitale Waren per Download, ist es prinzipiell möglich einzukaufen, ohne dass der Anbieter den Namen des Käufers und dessen Postadresse erfährt. Mit Hilfe des Ausweises kann der Shop-Anbieter den Nutzer aber beim nächsten Einkauf dennoch wiedererkennen und ihm spezielle Angebote machen, die zu seinem Einkaufsverhalten passen. "Der elektronische Ausweis nutzt neue Technik, die nichts mit herkömmlichen Verfahren wie SSL-Verschlüsselung gemein hat", sagt Herfert. Fraunhofer SIT hat bereits mehrere Szenarien prototypisch umgesetzt. "Mit diesen Erfahrungen unterstützen wir Unternehmen jetzt bei der Entwicklung und Anpassung von Online-Diensten, die den elektronischen Personalausweis nutzen."

Aktuelle Beiträge - täglich sortiert nach Fachthemen!

von A wie Abfall angefangen über E wie e-government bis Z wie Zeitmanagement u.v.m.

Messen | Seminare | Forum | Newsletter
Herstellerverzeichnis | Fort- u. Weiterbildung

www.soll-bula.de

BESCHAFFUNGSVERZEICHNIS VON A-Z

Das Beschaffungs-Verzeichnis ist ein kostenpflichtiger Bezugsquellennachweis, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Ergänzungen werden kontinuierlich vorgenommen. Nach Stichwörtern sortiert.

Ob s/w, 2c, 3c oder 4c - der Preis ist derselbe! Zusätzlich tragen wir Ihre Adresse kostenlos ins Internet unter http://www.soll-bula.de ein.

Abfalltrennsysteme

GEMOS-ABFALLTRENNSYSTEME GMBH
Wernher-von-Braun-Str. 14
49134 Wallenhorst
Telefon: 05407/32036
Telefax: 05407/30508
Internet: www.gemos.de

Fahrradständer

Büroergonomie

Standaschenbecher

GEMOS-ABFALLTRENNSYSTEME GMBH
Wernher-von-Braun-Str. 14
49134 Wallenhorst
Telefon: 05407/32036
Telefax: 05407/30508
Internet: www.gemos.de

Nr.2 - März/April 2009:

Themenvorschau:

- Gebäudedienste
- Museum- und Ausstellungstechnik
- Möbel für das Behördenbüro
- Reinigung von Straßen und Plätzen

Aktuelle Meldungen aus verschiedenen Bereichen

Anzeigenschlusstermin: **27.03.09**
Druckunterlagenschlusstermin: **30.03.09**
Erscheinungstermin: **06.04.09**

ROLF SOLL VERLAG GMBH

green public build
Fachmagazine | Online-Dienste

Kahden 17 b
22393 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 /606 88 2-0
Telefax: +49 (0)40 /606 88 2-88
E-Mail: info@soll.de
Internet: www.soll.de

Geschäftsführer:
Claudia-Regine Soll
Ursula-Maria Soll
Handelsregister Hamburg B 35 255

Mitglied der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

mit Kennwort-system

Anhand von Leseranfragen können Sie mit unserem Kennwortsystem zusätzlich die Resonanz auf Ihr Produkt bzw. Dienstleistung ermitteln.

Herausgeber:
Rolf Soll

Redaktion / Anzeigen:
Claudia-Regine Soll

Online-Beratung:
Karsten Soll

Bildredaktion:
Ursula-Maria Soll

Druckerei-Anschrift:

PRINTEC OFFSET
Ochshäuser Str. 45
34123 Kassel
Telefon: 0561/57015-0
Telefax: 0561/57015-555
E-Mail: sm@printec-offset.de
Internet: www.printec-offset.de

BULA - Fachmagazin für das Beschaffungs-Management im öffentlichen Bereich erscheint 6 Mal jährlich – beträgt der Preis für ein

Jahresabonnement: 22,-- EURO
Einzelpreis: 6,-- EURO

(inkl. Portokosten und Nutzung des Kennwortsystems)

Antwortschein

Bitte per Post oder per Fax an uns einsenden. Ihre Anfragen werden von uns kostenlos und ohne Verpflichtung weitergeleitet.

Rolf Soll Verlag GmbH • Kahden 17 b • 22393 Hamburg
Pressesendung • DP AG C 19235 E • Entgelt bezahlt

Telefax : 040/606 88 2-88

BULA
Rolf Soll Verlag GmbH
Kahden 17 b
22393 Hamburg

Zuständig ist:

Telefon:

BULA Januar/Februar 2009

Weitere Informationen sind kostenlos erhältlich von (bitte ankreuzen):

Anfragen, die nach dem 01. Mai 2009 eingehen, können nicht mehr bearbeitet werden!

- ba ❒ BHE-FACHKONGRESS
- da ❒ DATEV-DOPPIK
- ga ❒ GREENIT-SOFTWARE
- ha ❒ HAKO-CITYTRAC 4200 DA
- hb ❒ HAKO-KEHRMASCHINE
- ka ❒ KASSENAUTOMAT
- ia ❒ INTERNET
- la ❒ LOHNSOFTWARE
- ma ❒ MESSER
- qa ❒ QUADRIGA
- sa ❒ SPÜLAUTOMAT
- za ❒ ZAHLUNGSSYSTEME

Nachrichten:

Adressänderungen:

Neue Adressen: